

AXEL FROHN

ADENAUER UND DIE DEUTSCHEN OSTGEBIETE IN DEN FÜNFZIGER JAHREN

1. „Die Bundesregierung stellt keine Ansprüche“: Die Kontroverse um Adenauers angeblichen Verzicht auf die Ostgebiete

Am 14. November 1990, wenige Wochen nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, unterzeichneten der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher und sein polnischer Amtskollege Krzysztof Skubiszewski in Warschau den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze“. Damit erkannte die Bundesrepublik die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze an. Außerdem erklärten die beiden Vertragsparteien, daß „die zwischen ihnen bestehende Grenze jetzt und in Zukunft unverletzlich ist“ und daß sie „gegenseinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden“. Ferner verpflichteten sie sich „zur uneingeschränkten Achtung ihrer Souveränität und territorialen Integrität“¹. Ergänzt wurde dieser Vertrag durch ein weiteres Abkommen über „gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991, in dem unter anderem die Rechte der deutschen Minderheit in Polen geregelt wurden². Die Lösung des Problems der Niederlassungsmöglichkeit für Deutsche in Polen machte die Regierung in Warschau von einem eventuellen polnischen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft abhängig³. Mit der Unterzeichnung dieses Vertragswerks zogen Deutschland und Polen den Schlußstrich unter eines der schwierigsten Kapitel ihrer Nachkriegsgeschichte.

Mit wieviel innenpolitischem Zündstoff die Grenzfrage auch fünfundvierzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch behaftet war, zeigte sich daran, daß die Bundesregierung noch während der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen im Sommer 1990 glaubte, überaus vorsichtig taktieren zu müssen, um sich nicht den Zorn der Flüchtlings- und Vertriebenenverbände zuzuziehen⁴. Erst als der amerikanische Prä-

¹ Vertragstext in: Europa Archiv 46 (1991), S.D 310f.

² Ebenda, S.D 315-D 325.

³ Brief Genschers an Skubiszewski, 17.6. 1991, in: Ebenda, S.D 325f.

⁴ Vgl. William E. Griffith, Die Vereinigten Staaten und Ostmitteleuropa, in: Wolfgang-Uwe Friedrich (Hrsg.), Die USA und die Deutsche Frage 1945–1990, Frankfurt a.M./New York 1991, S.323–341, bes. S.338. Zu den Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten und den

sident George Bush, der den Vereinigungsprozeß von Anfang an unterstützt hatte, keinen Zweifel mehr daran ließ, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze der Preis für die Wiedervereinigung sein würde, gab die Bundesregierung ihre innenpolitischen Vorbehalte und Rücksichten auf. „Alle stimmen überein“, konnte US-Außenminister James A. Baker am 17. Juli 1990 folglich feststellen, „daß ein vereinigtes Deutschland aus der Bundesrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik und Berlin bestehen wird – nicht mehr und nicht weniger“⁵.

Dies sei im Grunde schon die Einschätzung von Bundeskanzler Konrad Adenauer gewesen, hatte im vorangegangenen Sommer Karl Kaiser, der Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, in einem Vortrag in Washington bemerkt. Bereits in einer einseitigen Erklärung zu den Deutschlandverträgen von 1952 habe Adenauer den westlichen Alliierten die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen schriftlich zugesagt⁶. Diese Äußerung geriet in die Schlagzeilen der Presse und brachte Kaiser rasch in Bedrängnis. Er hatte das fragliche Schriftstück nämlich nie selbst zu Gesicht bekommen, sondern sich auf Gesprächspartner verlassen, die das Schriftstück gesehen haben wollten und die er für zuverlässig hielt. Sowohl die Form des Dokuments – Vermerk, Brief oder Protokollnotiz – als auch seine Datierung blieben daher zunächst unklar, doch legte sich Kaiser schließlich auf den 21. November 1951 als wahrscheinlichsten Entstehungstag fest⁷.

Danach hätte die Abfassung des Schriftstücks im Zusammenhang mit den Verhandlungen Adenauers mit den Hohen Kommissaren bzw. den Außenministern der drei Westmächte Frankreich, Großbritannien und USA über die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die Deutschlandverträge gestanden. In diesen Gesprächen führte die Frage der Ostgebiete aus bisher unklaren Gründen zu außerordentlich heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Bundeskanzler und seinen westlichen Gesprächspartnern. Dabei ging es vor allem um Artikel VII des Generalvertrags⁸. Nachdem der Konflikt auf bisher ebenfalls nicht genau ersichtliche Weise beigelegt worden war, bekundeten die Unterzeichnerstaaten darin ihre Einigkeit, „daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind

vier Hauptsiegermächten des Zweiten Weltkriegs siehe Dokumente zur deutschen Vereinigung: Der Verlauf der Zwei-plus-Vier-Gespräche, in: Europa Archiv 45 (1990), S.D 491-D 514.

⁵ Erklärung des amerikanischen Außenministers, James A. Baker, abgegeben bei der dritten Runde der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Paris am 17. 7. 1990, in: Ebenda, S.D 503 f., Zitat S.D 504.

⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung (künftig: FAZ), 13. 7. 1989, S. 1.

⁷ Ebenda, S. 1 und 2; FAZ, 20. 7. 1989, S. 2; FAZ, 22. 7. 1989, S. 1; Der Spiegel, 17. 7. 1989, S. 18–23, bes. S. 19; Stern, 22. 7. 1989, S. 18–22, bes. S. 19.

⁸ Das Vertragswerk bestand aus einem allgemeinen politischen Teil, dem „Generalvertrag“ (General convention), und einer Reihe von Zusatzverträgen (Related conventions); für den Generalvertrag bürgerte sich auch der Name „Deutschlandvertrag“ ein und für das gesamte Vertragswerk die Bezeichnung „Deutschlandverträge“.

weiterhin darüber einig, daß die Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.“⁹

Im Verlauf der harten Verhandlungen über diesen Artikel, in dem die Westmächte und die Bundesrepublik auch die Wiedervereinigung Deutschlands als ihr „gemeinsames Ziel“ deklarierten, soll Adenauer das umstrittene Verzichtsdokument zusammen mit dem amerikanischen Außenminister Dean Acheson unterzeichnet haben. Der erste Absatz der Zwei-Punkte-Erklärung habe bestimmt, daß die deutsch-polnische Grenze endgültig im Friedensvertrag festgelegt werde; der zweite Absatz habe besagt, daß in einem solchen Fall die Oder-Neiße-Linie die Grenze bilden solle. Die Westmächte hätten sich diese Rückversicherung ausbedungen, um gegen deutsche Versuche, sie auf eine Wiedervereinigung unter Einfluß der Ostgebiete festzulegen, gewappnet zu sein¹⁰.

Daß Adenauer eine derartige Erklärung freiwillig unterschrieben haben könnte, ist allerdings kaum vorstellbar. Wäre die Existenz eines solchen „geheimen Zusatzabkommens“ zu den Deutschlandverträgen ruchbar geworden oder gar sein Inhalt an die Öffentlichkeit gelangt, so hätte dies für Konrad Adenauer nicht nur das Ende seiner politischen Karriere bedeutet, sondern auch das Scheitern seiner Politik der Westintegration. Wenn überhaupt, dann hätte eine solche Verzichtserklärung nur unter größtem Druck der Westmächte zustande kommen können.

Angesichts der allseits gelobten guten Atmosphäre des Pariser Außenministertreffens vom 21./22. November 1951 erscheint es jedoch als äußerst unwahrscheinlich, daß Adenauer dort ein Verzicht auf die Ostgebiete abgepreßt worden sein könnte. In Paris wurde der Generalvertrag paraphiert und Adenauer, der hier als Außenminister fungierte, zum erstenmal von seinen westlichen Kollegen öffentlich als gleichberechtigter Partner behandelt. Dean Acheson bezeichnete das Treffen in seinen Memoiren als einen „Meilenstein in den deutsch-alliierten Beziehungen“, betonte den informellen und freundlichen Charakter der Gespräche und hob seinen Eindruck hervor, daß Adenauer seit ihrer letzten Zusammenkunft zwei Jahre zuvor „an Selbstsicherheit gewonnen“ habe und eine „beeindruckende Figur“ geworden sei¹¹. Sollte damit dem Schaden der Spott hinzugefügt werden? Dazu war Dean Acheson nun gewiß zu anständig, und als Adenauer am Abend des 22. November seinem Sohn Konrad und dessen Frau eine Ansichtskarte aus Paris mit dem Text schickte: „Herzliche Grüße von einem wichtigen Tage. Vater“, klang das bei aller Sparsamkeit im Ausdruck auch nicht nach den Worten eines soeben zutiefst gedemütigten Mannes¹². So

⁹ Friedrich J. Berber/Albrecht Randelzhofer (Hrsg.), *Völkerrechtliche Verträge*, Nördlingen 1979, S. 338–343, Zitat S. 341.

¹⁰ Vgl. FAZ, 13. 7. 1989, S. 1 und 2; FAZ, 22. 7. 1989, S. 1.

¹¹ Dean Acheson, *Present at the Creation: My Years in the State Department*, New York/London 1969, S. 583–587, bes. S. 583 und 586; siehe auch U.S. Department of State (Hrsg.), *Foreign Relations of the United States* (künftig: FRUS) 1951, vol. III, *European Security and the German Question*, Washington 1981, part 2, S. 1604–1607, bes. S. 1607, und S. 1609ff., bes. S. 1610; siehe auch Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, Stuttgart 1965, S. 515 f.

¹² Adenauer, *Briefe 1951–1953*, hrsg. v. Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. v. Hans Peter Mensing, Berlin 1987, S. 151.

viel wird folglich schon hier deutlich: Ein mit erpresserischen Methoden herbeigeführter Verzicht Adenauers auf die Ostgebiete läßt sich mit der verbürgt guten Stimmung auf der Pariser Konferenz nicht in Einklang bringen. Das beschworene Verzichtsdokument konnte außerdem trotz intensiver Suche weder im Archiv des Auswärtigen Amtes noch im Bundeskanzleramt, im Bundesarchiv oder in den Nationalarchiven in London, Paris oder Washington aufgefunden werden. Ebenso blieben Recherchen in den schriftlichen Nachlässen Adenauers, Präsident Trumans, Außenminister Achesons, des Hohen Kommissars John J. McCloy und des amerikanischen Botschafters in Paris David Bruce erfolglos.

Zu guter Letzt wurden die Archivare des Auswärtigen Amtes, wie es schien, dann aber doch noch fündig. Sie entdeckten das Verlaufsprotokoll einer Unterredung Adenauers mit Acheson vom 21. November 1951, in dem auch die Frage der Ostgebiete eine wichtige Rolle spielt. Darin heißt es: „Acheson brachte das Gespräch dann auf den Artikel VII des Generalvertrags, Friedensregelung und Wiedervereinigung.

Hierzu machte Adenauer längere Ausführungen etwa folgenden Inhalts: Die Bundesregierung stelle keine Ansprüche und verlange keine Bindungen der Alliierten hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße. Sie erwarte aber, daß auch die Alliierten keinerlei Bindungen gegenüber Dritten, sei es zum Beispiel gegenüber Polen, eingingen. Dieses Problem müsse der Friedensregelung vorbehalten bleiben.“¹³

Kaiser interpretierte diese Textstelle als eine „in staatsmännischer Einsicht ausgesprochene Zusage der Bundesregierung, hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße keine Ansprüche zu erheben“, und sah darin „in frappierender Weise einen Hauptgedanken des Warschauer Vertrags von 1970“ vorweggenommen¹⁴. Kritiker vermochten in der Aufzeichnung dagegen keinen Beleg für Kaisers These zu erkennen. Robert Leicht schrieb, im Zusammenhang mit weiteren Dokumenten müsse man die Stelle eher wie folgt lesen: Adenauer stelle keine Ansprüche an die Westmächte, ihn in seinen Absichten hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße zu unterstützen, und Josef Foschepoth sah durch das Schriftstück „das genaue Gegenteil“ von Kaisers Auffassung bestätigt: Adenauer habe sich mit Erfolg dagegen gewehrt, in schriftlicher Form auf die Ostgebiete zu verzichten¹⁵.

Die Konfusion um Adenauers Politik ist indes nicht ganz unverständlich. Vor allem ist sie darauf zurückzuführen, daß es bisher keine eindeutige Erklärung gibt, weshalb der Kanzler die deutsch-polnische Grenzfrage bei den Verhandlungen über

¹³ Verlaufsprotokoll der Besprechung zwischen Adenauer und Acheson vom 21. 11. 1951, in: Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (künftig: AAPD), Bd. 1, Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, hrsg. v. Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin, bearb. v. Frank-Lothar Kroll und Manfred Nebelin, München 1989, S. 526 ff., Zitat S. 527.

¹⁴ Karl Kaiser, Die Bundesregierung stellt keine Ansprüche ... Konrad Adenauer und die Oder-Neiße-Linie. Frühe Einsichten in die Grenzen deutscher Politik, in: Die Zeit, 29. 9. 1989, S. 49 f., Zitate S. 50.

¹⁵ Robert Leicht, Von einer Legende zur anderen. Trotz alliierter Drucks war Konrad Adenauer zu einem förmlichen Verzicht nicht bereit, in: Die Zeit, 28. 7. 1989, S. 4; Josef Foschepoth, Adenauer hätte als Verräter gegolten, in: Stern, 27. 7. 1989, S. 21 f., hier S. 21.

den Generalvertrag überhaupt aufgeworfen hat. Wollte er die Westmächte damals tatsächlich vertraglich darauf festlegen, deutsche Ansprüche auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße zu unterstützen, und ist er mit diesem Versuch dann in Paris kläglich gescheitert? Oder ging es ihm bei diesen Gesprächen in der Substanz gar nicht um die Ostgebiete, sondern um etwas anderes? Beabsichtigte Adenauer vielmehr, wie sein Biograph Hans-Peter Schwarz vermutet, den höchst brisanten und schwierigen Verhandlungsgegenstand der Ostgrenze sozusagen als „Zankapfel“ zu präsentieren, um damit Ost-West-Verhandlungen über Deutschland oder einen in-nerdeutschen Dialog, die ihm nicht gelegen kamen, schon im Vorfeld zu erschweren¹⁶? Obwohl amerikanische Akten für diese Auffassung sprechen, blieben des Kanzlers letzte Motive doch im ungewissen: „Weshalb Adenauer in diesem Punkt vorprescht“, konstatierte Schwarz im 1986 erschienenen ersten Band seiner Adenauer-Biographie, „ist bis heute nicht zu klären“¹⁷, und auch seither veröffentlichte Studien, in denen die Verhandlungen über den Generalvertrag eine Rolle spielen, haben dieses Rätsel nicht lösen können¹⁸.

Die inzwischen veröffentlichten „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland“ und andere Quellen bieten jedoch Anhaltspunkte für eine neue Einschätzung der Wiedervereinigungsfrage in Adenauers Verhandlungskalkül. Anhand dieser Unterlagen soll im folgenden zunächst untersucht werden, in welchem Kontext das Problem der deutsch-polnischen Grenze aufkam, weshalb der Kanzler die Auseinandersetzung mit den Hohen Kommissaren um die Ostgebiete so unnachgiebig auf die Spitze trieb und was er damit im Verlauf seiner Gespräche mit den drei westlichen Außenministern in Paris am 21. und 22. November 1951 schließlich erreichte. In diesem Zusammenhang wird sich außerdem zeigen, ob Adenauer vor oder während des Außenministertreffens veranlaßt gewesen sein könnte, auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße zu verzichten. Dieser Frage soll danach auch noch in einem zweiten Schritt nachgegangen werden. Hätte Adenauer die „Ansprüche der Bundesregierung“ auf die Ostgebiete aufgegeben, hätte sich dieses Zugeständnis von größter politischer Tragweite in den anschließenden Planungen des State Department und in den geheimen Positionspapieren der US-Regierung für Ost-West-Verhandlungen über Deutschland in irgendeiner Form niederschlagen müssen. Es wird daher zu untersuchen sein, ob und wie sich die Position der Vereinigten Staaten in der deutsch-polnischen Grenzfrage nach der Pariser Zusammenkunft veränderte. Und – last but not least – bleibt darzulegen, wie sich Adenauer eine Lösung des Problems der Ostgebiete vorgestellt haben mag.

¹⁶ Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, 1876–1952, Stuttgart ²1986, S. 893.

¹⁷ Ebenda, S. 892.

¹⁸ Siehe Hermann-Josef Rupieper, Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955, Opladen 1991, S. 129ff., bes. S. 132f.; Thomas Alan Schwartz, America's Germany. John J. McCloy and the Federal Republic of Germany, Cambridge, Mass./London 1991, S. 235ff., bes. S. 249f., und S. 377, Anm. 28.

2. „Ich habe auch meinen Alpdruck: er heißt Potsdam“:
Die Verhandlungen über den Generalvertrag und die Frage der
Wiedervereinigung Deutschlands

In den Anfangsjahren der Bundesrepublik gab es für Adenauer keine schlimmere Befürchtung als die einer Rückkehr der Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs zu einer Deutschlandpolitik im Stil der Potsdamer Konferenz. „Bismarck hat von einem Alpdruck der Koalitionen gegen Deutschland gesprochen. Ich habe auch meinen Alpdruck: er heißt Potsdam“, gestand er dem Journalisten Ernst Friedlaender. „Die Gefahr einer gemeinsamen Politik der Großmächte zu Lasten Deutschlands“, fuhr er fort, „besteht seit 1945 und hat auch nach Gründung der Bundesrepublik weiter bestanden. Die Außenpolitik der Bundesrepublik war von jeher darauf gerichtet, aus dieser Gefahrenzone herauszukommen. Denn Deutschland darf nicht zwischen die Mühlsteine geraten, dann ist es verloren.“¹⁹

Selten hatte der Bundeskanzler mehr Anlaß, solch düsteren Gedanken nachzuhängen, als im Frühjahr 1951. Während auf dem Petersberg, dem Sitz der Hohen Kommissare, und in Paris zögernd erste Gespräche über einen deutschen Verteidigungsbeitrag aufgenommen wurden, trafen sich auf sowjetische Initiative Vertreter der vier Hauptsiegermächte im Palais Marbre Rose in Paris, um erneut über Deutschland zu verhandeln. Zwar ging es zunächst nur um die Ausarbeitung einer Tagesordnung für eine eventuelle Konferenz der vier Außenminister, doch hätten nach Adenauers Einschätzung bedrohlichere Themen, als sie im Palais Marbre Rose zur Sprache kamen, nicht diskutiert werden können. In den sowjetischen Vorschlägen, die auf eine Entmilitarisierung Deutschlands und auf das Verbot der Wiederbewaffnung sowie auf den alsbaldigen Abschluß eines Friedensvertrags und den Abzug der Besatzungstruppen abzielten, erblickte er „die denkbar größte Gefahr für das deutsche Volk und für Europa“²⁰.

Mehr als drei Monate vergingen, bis die Konferenz am 21. Juni ergebnislos abgebrochen wurde. Bei Adenauer setzte sich in dieser Zeit der Ungewißheit die Furcht vor einer einvernehmlichen Neutralisierung Deutschlands durch die vier Siegermächte endgültig fest. Er hegte den Verdacht, daß in Frankreich einflußreiche Kräfte auf eine fundamentale Neuorientierung der Deutschlandpolitik hinarbeiteten und dabei die Absicht verfolgten, das Problem der Sicherheit vor Deutschland im Zusammenwirken mit der Sowjetunion zu lösen. Der Kurs der britischen Außenpolitik, vom

¹⁹ Interview Adenauers mit Ernst Friedlaender am 13.6. 1953, zit. nach Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 833; siehe auch Adenauers Ansprache vor dem Vorstand und den Vorsitzenden der Kreisparteien der CDU Rheinland und Westfalen am 13.1. 1951, in: Konrad Adenauer. Reden 1917–1967 – Eine Auswahl, hrsg. v. Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 201–220, bes. S. 214f.

²⁰ Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer 1949–1957, Stuttgart 1981, S. 139ff.; zur Konferenz im Palais Marbre Rose, die vom 5.3. bis zum 21.6. 1951 dauerte, siehe FRUS 1951, III, part 1, S. 1048–1162; Adenauer an Schumacher, 31.1. 1951, zit. nach Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 842f.

totdkranken Außenminister Bevin zuletzt nur noch mit schwacher Hand gesteuert, wurde ebenfalls zunehmend unkalkulierbar. Adenauers einzige Hoffnung in dieser schwierigen Periode waren die Amerikaner, ohne daß er ihnen völlig vertraut und die neo-isolationistischen Tendenzen in den USA übersehen hätte. McCloy's Versicherungen, die Vier-Mächte-Verhandlungen dürften auf keinen Fall als Versuch aufgefaßt werden, „Deutschland zu ‚verkaufen‘“, waren beschwichtigend gemeint und ließen dennoch beunruhigt aufhorchen²¹.

Die Westintegration der Bundesrepublik kam unterdessen nur langsam voran und erforderte mancherlei Vorleistungen. Immerhin konnte im April 1951 der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl unterzeichnet werden. Er schuf die Voraussetzung für eine „organische Verflechtung“ der westeuropäischen Volkswirtschaften und sollte als Basis für eine spätere politische Zusammenarbeit dienen. Zugleich galt es, größere Unabhängigkeit von den Besatzungsmächten zu erlangen. Schon Ende August 1950 hatte der Bundeskanzler die seit dem Ausbruch des Korea-Kriegs unumgängliche Frage eines deutschen Wehrbeitrags mit dem Problem der deutschen Gleichberechtigung und Souveränität verknüpft. Parallel zu den Pariser Gesprächen über den Pleven-Plan, der die Integration deutscher Streitkräfte in eine europäische Armee vorsah, wurden daher von den drei westlichen Alliierten Überlegungen angestellt, wie die bisher durch Besatzungsrecht geregelten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten durch vertragliche Vereinbarungen ersetzt werden könnten²².

Schon Mitte September 1950, auf dem Höhepunkt des Koreakriegs, hatten die drei westlichen Außenminister in New York von einer „neuen Phase in den Beziehungen zwischen den Alliierten und der Bundesrepublik“ gesprochen, die durch „erhebliche Erweiterungen der Befugnisse der Bundesregierung“ gekennzeichnet sein sollte. Damit schien sich ein neues Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten anzubahnen²³. Im Kommuniqué, das nach der nächsten Zusammenkunft der Außenminister im Dezember 1950 in Brüssel herausgegeben wurde, war von einer Ablösung des Besatzungsstatuts durch vertragliche Vereinbarungen jedoch schon keine Rede mehr; selbst der Ausdruck „vertragliche Vereinbarungen“ wurde auf Wunsch des französischen Außenministers Robert Schuman sorgfältig vermieden²⁴. Im Frühjahr 1951 hatte sich die Front in Korea stabilisiert und ein deutscher Vertei-

²¹ Vgl. Schwarz, *Ära Adenauer 1949–1957*, S.140ff.; ders., *Adenauer. Der Aufstieg*, S.833f. und 841f.; Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S.405.

²² Vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S.346–437; Schwarz, *Ära Adenauer 1949–1957*, S.98–102, 104–118, 138–144.

²³ Siehe James F. Schnabel/Robert J. Watson, *The Korean War (= The History of the Joint Chiefs of Staff: The Joint Chiefs of Staff and National Policy, vol.III)*, Wilmington, Del., 1979, part 1, S.212f.; „Communiqué by the Western Foreign Ministers . . ., Issued at New York and Washington, September 19, 1950“, in: U.S. Department of State (Hrsg.), *Documents on Germany, 1944–1985*, Washington 1985, S.341–344, Zitat S.343; Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S.362–365.

²⁴ Ebenda, S.398–405; FRUS 1950, IV, *Central and Eastern Europe; The Soviet Union*, Washington 1980, S.789–817, bes. S.810.

digungsbeitrag damit an unmittelbarer Dringlichkeit eingebüßt. Die Verhandlungen, die am 10. Mai zwischen den Hohen Kommissaren und der Bundesregierung über eine Umwandlung des Besatzungs- in ein Vertragsverhältnis aufgenommen wurden, gestalteten sich daher recht schwierig, zumal in der Frage, wieviel Besatzungsrecht aufgegeben werden sollte, höchst unterschiedliche Auffassungen herrschten²⁵.

Auch konnte man die Gespräche, die auf dem Petersberg stattfanden, kaum als Verhandlungen bezeichnen. Vielmehr hatten die Hohen Kommissare der Bundesregierung schon am 27. Februar 1951 eine Liste mit neununddreißig Einzelthemen überreicht, zu denen sie jetzt deutsche Stellungnahmen erwarteten. Außerdem stellte sich heraus, daß sie zu einer Aufgabe des Besatzungsregimes nicht bereit waren und auch nicht die alliierten Hoheitsrechte selbst, sondern nur deren Ausübung zum Gegenstand vertraglicher Vereinbarungen machen wollten. Die „oberste Gewalt“ der Besatzungsmächte sollte erhalten bleiben. Dies schien den Alliierten im Hinblick auf ihr Recht der Truppenstationierung, ihre Anwesenheit in Berlin und ihre Verantwortung für Deutschland als Ganzes, einschließlich des endgültigen Friedensvertrags und der Wiedervereinigung, unabdingbar. Einzelheiten der Wiedervereinigung, insbesondere die Frage, auf welche Gebiete sie sich erstrecken sollte, spielten bei den Beratungen keine Rolle. Die deutsche Delegation unter der Leitung Wilhelm Grewes hielt ihrerseits bei aller sonst gezeigten Konzessionsbereitschaft an der Forderung fest, daß die angestrebten Vereinbarungen das Besatzungsrecht ablösen und auf dem Prinzip der deutschen Gleichberechtigung und Souveränität beruhen müßten. Fast drei Monate zogen sich die Gespräche hin, und als es am 3. August 1951 um die Formulierung eines Abschlußkommuniqués ging, erwähnte der alliierte Entwurf eine eventuelle Beendigung des Besatzungsregimes mit keinem Wort. Nur mit Mühe gelang es den Verhandlungspartnern, sich schließlich auf die Feststellung zu einigen, daß nach einer „neuen Grundlage“ des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und den Alliierten gesucht worden sei²⁶.

Während die Hohen Kommissare das Ergebnis dieser Vorgespräche an ihre Regierungen übermittelten, reiste Grewe zum Bürgenstock, Adenauers Feriendomizil in der Schweiz. Dort hielt der Bundeskanzler „Kriegsrat“ mit seinen engsten Beratern, darunter Theodor Blank, der für Truppenfragen zuständig war, Ministerialdirektor Hans Globke aus dem Bundeskanzleramt sowie Staatssekretär Walter Hallstein und Abteilungsleiter Herbert Blankenhorn aus dem Auswärtigen Amt. Grewe war erstmals dabei. Bei diesem Treffen im vertrauten Kreis wollte man ein Konzept für den angestrebten deutsch-alliierten Vertrag entwickeln und die Ziele für die bevorstehenden entscheidenden Verhandlungen mit den Westmächten festlegen. Das Resultat war der von Grewe erarbeitete „Bürgenstock-Entwurf“ des Generalvertrags²⁷.

²⁵ Siehe Schnabel/Watson, *The Korean War*, part 1, S. 456 ff.; Wilhelm G. Grewe, *Rückblenden. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1979, S. 130 ff.

²⁶ Vgl. ebenda, S. 134 ff.; FRUS 1951, III, part 2, S. 1490–1494, 1501–1511.

²⁷ Vgl. Grewe, *Rückblenden*, S. 138–145; Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg*, S. 883.

Adenauer wollte die Überleitung des Besatzungsregimes in ein vertraglich geregeltes Verhältnis, die gleichberechtigte Integration deutscher Kontingente in eine europäische Streitmacht und – in Anlehnung an das japanische Modell – ein bündnisartiges Sicherheitsarrangement erreichen, in dessen Rahmen die bisherigen Besatzungsmächte die Sicherheit der Bundesrepublik garantieren und ein vertragliches Recht (aber auch die Pflicht) zur Truppenstationierung erhalten sollten. Zwei Artikel des Entwurfs hatten die Linderung des Potsdam-Alpdrucks zum Ziel. Dabei handelte es sich zum einen um die Versicherung, „daß eine Friedensregelung für ganz Deutschland“ nur „auf der Grundlage eines zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarten Vertrags“ zustande kommen dürfe und nicht etwa durch ein Viermächte-Diktat, und zum andern um eine Klausel, die gegenseitige Konsultationen zwischen der Bundesregierung und den Westmächten im Hinblick auf alle Beziehungen zu den „Staaten des Ostblocks“ vorsah²⁸.

In der Souveränitätsfrage stand Adenauer vor einem Dilemma: Einerseits wünschte er die Souveränität der Bundesrepublik, doch andererseits war die 1945 von den vier Hauptsiegermächten des Zweiten Weltkriegs übernommene Besatzungshoheit die wichtigste völkerrechtliche Klammer, die Deutschland als Ganzes noch zusammenhielt. Dem Völkerrechtler Grewe entging dieser Sachverhalt natürlich nicht, und er versuchte, so gut es ging, diesem Problem Rechnung zu tragen. Während er den Begriff „Souveränität“ im Bürgenstock-Entwurf sorgfältig vermied, führte er geschickt die Vorbehaltsrechte der Westmächte ein, doch nur soweit sie die Wiedervereinigung Deutschlands betrafen. Damit kam er den Interessen der westlichen Alliierten entgegen, die ohnehin nicht daran dachten, die „oberste Gewalt“ in Deutschland aufzugeben. Für die Deutschen machte er diese bittere Pille genießbarer, indem er die „friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit“ in einer kunstvollen Formulierung als „wesentliches Ziel“ der gemeinsamen Politik der vertragschließenden Parteien groß herausstellte, um dadurch die im Nachsatz untergebrachten gravierenden Vorbehaltsrechte der Westmächte weniger gewichtig erscheinen zu lassen²⁹. An dieser Formulierung, die in den späteren Vertragsentwürfen mehrmals umgestellt und abgeändert wurde, sollte sich schließlich die Auseinandersetzung um die Ostgebiete entzünden.

Ende August 1951 übergab Adenauer den Vertragsentwurf informell an die Hohen Kommissare. Als die Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der USA Mitte September in Washington das weitere Vorgehen im Hinblick auf einen deutschen Verteidigungsbeitrag und den Generalvertrag berieten, lagen ihnen also beide Entwürfe, der deutsche wie der alliierte, vor³⁰. Die beim Abschluß der Gespräche

²⁸ Text des Bürgenstock-Entwurfs in: AAPD, Bd. 1, S. 517ff. Zum Friedensvertrag zwischen Japan und den Alliierten sowie zum japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag siehe FRUS 1951, VI, Asia and the Pacific, part 1, Washington 1985, S. 1119–1134, 1174f., 1187f. und 1339.

²⁹ Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 143; Bürgenstock-Entwurf, Art. IV, in: AAPD, Bd. 1, S. 518.

³⁰ Grewe, Rückblenden, S. 145; FRUS 1951, III, part 2, S. 1517–1521; Schwartz, America's Germany, S. 242.

am 14. September veröffentlichte Erklärung der drei Außenminister klang durchaus positiv, doch unverbindlich: Die Integration der Bundesrepublik in die europäische Gemeinschaft auf der „Basis der Gleichheit“ sei das Leitprinzip der westlichen Politik; Integration und Status der Besatzung seien aber miteinander unvereinbar; man hoffe daher, daß die Verhandlungen zwischen den Hohen Kommissaren und der Bundesregierung rasch zu einer vollständigen Änderung des deutsch-alliierten Verhältnisses führen würden; in Kraft treten würden die entsprechenden Vereinbarungen dann zusammen mit dem Abkommen über einen deutschen Wehrbeitrag im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft³¹. Für Adenauer sprach aus dieser Erklärung „der feste Wille der Westalliierten, uns eine volle, gleichberechtigte Partnerschaft anzubieten“. Er nahm sie „mit großer Freude“ zur Kenntnis und begann die nächste Gesprächsrunde mit den Hohen Kommissaren „mit Optimismus und mit Vertrauen“³². Um so mehr war der Kanzler enttäuscht und verärgert, als ihm am 24. September der alliierte Vertragsentwurf überreicht wurde, der weit hinter seinen Erwartungen zurückblieb und fortan die Verhandlungsgrundlage bilden sollte. Was ihm die Westmächte anboten, ging über eine Revision des Besatzungsstatuts kaum hinaus. Die Eröffnung der Gespräche stand daher unter keinem günstigen Stern³³.

Auch innenpolitisch führte der Westkurs des Bundeskanzlers jetzt in schwieriges Fahrwasser. Am 15. September, einen Tag nach dem Ende der Washingtoner Außenministerkonferenz, richteten die Volkskammer und der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl, einen Appell an den Deutschen Bundestag: Unter der Devise „Deutsche an einen Tisch“ sollten Vertreter der DDR und „Westdeutschlands“ so bald wie möglich über die „Abhaltung freier gesamtdeutscher Wahlen mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland“ sowie „den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland“ und „den darauffolgenden Abzug aller Besatzungstruppen“ beraten. Die angedeutete Konzessionsbereitschaft der SED in der zentralen Frage der freien Wahlen wirkte geradezu sensationell³⁴. Adenauers entschiedene Feststellung, daß diese „auf sowjetrussischen Befehl hin“ unternommene Aktion lediglich den Zweck verfolge, „die Verhandlungen mit den West-Alliierten zu stören“, vermochte in dieser Situation kaum zu überzeugen³⁵.

³¹ Communiqué Issued by the Foreign Ministers of the United States, the United Kingdom, and France at the Conclusion of Meetings in Washington, September 14, 1951, in: Documents on Germany, S. 349f. (wie Anm. 23); zur Washingtoner Außenministerkonferenz siehe FRUS 1951, III, part 1, S. 1163–1308.

³² Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 470.

³³ Grewe, *Rückblenden*, S. 145; Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg*, S. 484; Schwarz, *America's Germany*, S. 242f.

³⁴ Vgl. Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, Stuttgart 1966, S. 52–55; Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg*, S. 880ff.; ders., *Ära Adenauer 1949–1957*, S. 149–152.

³⁵ Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. für das Bundesarchiv v. Hans Booms, Bd. 4, 1951, bearb. v. Ursula Hüllbüsch, Boppard am Rhein 1988, S. 648.

Ernst Reuter, der sozialdemokratische Regierende Bürgermeister von Berlin, trat unterstützt vom SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher, aber ohne Einverständnis der Bundesregierung dafür ein, das Angebot der DDR-Führung aufzugreifen und als ersten Schritt freie Wahlen in ganz Berlin durchzuführen³⁶. Den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy ließ Reuter in diesen Tagen wissen, daß es dem deutschen Volk sicher schwerfallen würde, sich nicht für die Wiedervereinigung zu entscheiden, wenn ernsthaft die Möglichkeit bestünde, zwischen der Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Basis, obschon mit neutralisiertem Status, und der unverzüglichen Integration in den Westen zu wählen³⁷.

Doch nicht nur in der oppositionellen SPD begann sich die Lagebeurteilung zu verändern; auch in den Regierungsparteien war Adenauers eindeutige Politik der Westintegration nicht unumstritten. Selbst im Kabinett stieß er auf Widerspruch. Ernst Lemmer, der Fraktionsvorsitzende der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, befürwortete „die Aufnahme von Gesprächen mit der Ostzone“; Bundesminister Jakob Kaiser schien sich die Auffassung der SPD, daß die „Russen“ ihre Politik grundsätzlich umgestellt hätten und daß man eventuell mit ihnen verhandeln müsse, zu eigen gemacht zu haben und trat zum Verdruß des Kanzlers dafür ein, „die Bereitschaft für gesamtdeutsche Wahlen zu erklären“; und Franz Josef Strauß, damals stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hielt es wegen des Mißtrauens, das in der deutschen Bevölkerung entstanden sei, ebenfalls für falsch, Grotewohl „ein scharfes ‚Nein‘“ entgegenzusetzen³⁸. Im Bundestag lehnte Adenauer das DDR-Angebot denn auch nicht rundheraus ab, forderte aber im Gegenzug die Einsetzung einer unabhängigen Kommission, die unter der Aufsicht der Vereinten Nationen prüfen sollte, ob in der Bundesrepublik, Berlin und der „sowjetischen Zone“ die Voraussetzungen für freie Wahlen gegeben seien³⁹.

Ende Oktober 1951 wurde schließlich in Bonn die teils werbende, teils bedrohliche Mitteilung des Außenministers der DDR Georg Dertinger lanciert, die „Russen“ wünschten ein vereintes Deutschland, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß der vereinte deutsche Staat von den Washingtoner Beschlüssen über einen deutschen Wehrbeitrag abrücke. Die Sowjetunion sei bereit, einen hohen Preis für die Neutralisierung Deutschlands zu zahlen, eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik werde sie jedoch nicht hinnehmen. Selbst der Einsatz von Atomwaffen kam in diesem Zusammenhang zur Sprache⁴⁰. Der Nervenkrieg, mit der Frage der Wiedervereinigung

³⁶ Vgl. Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 880f.; Kurt Schumacher, Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, hrsg. v. Willy Albrecht, Berlin/Bonn 1985, S. 938–942, bes. S. 941. Grotewohl lehnte Reuters Vorschlag vom 18. 9. 1951 gleich am nächsten Tag ab; siehe ebenda, S. 944, Anm. 20.

³⁷ FRUS 1951, III, part 2, S. 1785 ff., bes. S. 1786.

³⁸ Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearb. v. Klaus Gotto, Hans-Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989, S. 136 f.

³⁹ Vgl. Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 881; FRUS 1951, III, part 2, S. 1789 ff.; U.N. Considers German Unification Issue, in: Department of State Bulletin 35, No. 652 (December 24, 1951), S. 1018–1021.

⁴⁰ FRUS 1951, III, part 2, S. 1803 f.

und einer Neutralisierung Deutschlands im Zentrum, war im Herbst 1951 also in vollem Gang.

Als Adenauer am 24. September auf Schloß Ernich die Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren über den Deutschlandvertrag aufnahm, sah er die Westintegration der Bundesrepublik, die seiner Auffassung nach allen Wiedervereinigungsbemühungen vorauszugehen hatte, einer doppelten Gefährdung ausgesetzt. Wie die Konferenz im Palais Marbre Rose gezeigt hatte, war eine Einigung der Westmächte mit der Sowjetunion in der Deutschlandfrage auf Kosten der Deutschen ebensowenig auszuschießen wie ein Erfolg der seines Erachtens verfrühten und derzeit völlig verfehlten deutschen Wiedervereinigungsbestrebungen. Das Ergebnis wäre im einen wie im anderen Fall dasselbe gewesen: Die Wiedererrichtung eines Besatzungsregimes, dessen Ablösung gerade erst in greifbare Nähe zu rücken schien, und die Neutralisierung Deutschlands, die für Adenauer identisch war mit bolschewistischer Herrschaft⁴¹.

Der Entschluß des Bundeskanzlers, beiden Gefahren entgegenzuwirken, stand fest. Dazu sollte ein zügiger Abschluß der Vertragsverhandlungen beitragen. Der Schlüssel zum Erfolg aber lag in einer taktisch geschickt gelenkten Debatte über das Problem der deutschen Wiedervereinigung. Das Verhandlungsergebnis mußte einen künftigen Alleingang der Westmächte in der Deutschlandfrage verhindern und die deutsche Öffentlichkeit überzeugen, daß Deutschlandvertrag und Westintegration der Bundesrepublik nicht im Gegensatz zur Wiedervereinigung Deutschlands standen, sondern dieses Ziel ganz im Gegenteil fördern würden.

Nach den Ereignissen der vorangegangenen Wochen war jetzt auch den Hohen Kommissaren an einer Klarstellung der deutschen Position gelegen. Hätten sich die „Russen“ zu wirklichen Zugeständnissen und tatsächlich zu freien Wahlen in Deutschland durchgerungen, um die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern, so argumentierte McCloy gegenüber seinen beiden Kollegen André François-Poncet und Sir Ivone Kirkpatrick, dann hätten die Deutschen bei den bevorstehenden Verhandlungen die Grenzen der westlichen Konzessionsbereitschaft ausloten können, ohne selbst irgendwelche Verpflichtungen eingehen zu müssen. Bevor man sich darauf einließ, sollte zunächst die Einstellung des Bundeskanzlers noch einmal ausgeforscht werden⁴².

Dies geschah gleich zu Beginn der ersten Gesprächsrunde am 24. September 1951. Adenauer griff die Chance, die sich hier bot, sofort auf: Jeder, der wie er an die absolute Notwendigkeit der Integration Europas glaube, müsse entschlossen sein, allen russischen Verhinderungsmanövern zu widerstehen, ob sie nun ernstgemeint seien oder nicht, denn es sei völlig offenkundig, daß die „Russen“ der Westintegration eines vereinten Deutschland niemals zustimmen würden. Als der Kanzler diese Fest-

⁴¹ Vgl. Adenauer, *Teegespräche 1950–1954*, hrsg. v. Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 21985, S. 28, 39, 99, 102f.; Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg*, S. 841.

⁴² Siehe FRUS 1951, III, part 2, S. 1785–1787; Kirkpatrick an Foreign Office, 24.9. 1951, in: Rolf Steininger, *Eine Chance zur Wiedervereinigung? Die Stalin-Note vom 10. März 1952*, Bonn 1985, S. 110f.

stellung mit der provozierenden Frage verband, ob nach Meinung der Hohen Kommissare jetzt wohl eine Intervention der Alliierten erforderlich sei, um die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Angebote zu prüfen, erhielt er von Kirkpatrick die gewünschte Antwort: Für den Kanzler und andere Deutsche sei es ratsam zu überlegen, ob sie die Initiative Grotewohls zum Anlaß nehmen wollten, die Regierungen der drei Westalliierten zu Schritten zu veranlassen, die dazu führen könnten, daß die Westmächte das Problem der deutschen Einheit über die Köpfe der Deutschen hinweg mit den „Russen“ lösen würden. Dieses deutliche Statement konnte Adenauer fortan gegen alle innenpolitischen Gegner einsetzen, die darauf drängten, auf die Avancen der Sowjetunion und der DDR einzugehen und die Westintegration hintanzustellen⁴³.

Erst danach kamen die Hohen Kommissare auf den eigentlichen Verhandlungsgegenstand zu sprechen, zu dessen Erörterung man sich auf Schloß Ernich eingefunden hatte. François-Poncet, der den Vorsitz führte, überreichte dem Bundeskanzler den Vertragsentwurf der Alliierten, der fortan als Grundlage der Gespräche dienen sollte. Adenauer, Blankenhorn und Hallstein erhielten Gelegenheit, den Text durchzusehen, und waren entsetzt: Allenthalben Mißtrauen gegenüber den Deutschen, diskriminierende Einschränkungen der deutschen Gleichberechtigung in der westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft, keine Sicherheitsgarantie! Es schien, als hätten die Alliierten den Bürgerstock-Entwurf überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Adenauer vermißte eine Klausel über die gegenseitigen Konsultationen hinsichtlich der Beziehungen zum Ostblock und eine Bestimmung über die militärischen Gegenleistungen der Alliierten im Falle eines deutschen Verteidigungsbeitrags. Statt dessen wollten die Westmächte deutsche Produktionsbeschränkungen im Vertrag festschreiben und die Hohe Kommission als Botschafterrat in neuer Aufmachung fortbestehen lassen. Diese Dokumente seien, wenn sie bekannt würden, die beste Unterstützung für Herrn Grotewohl, erklärte Adenauer, und keine deutsche Bundesregierung werde je ihre Unterschrift unter einen solchen Vertrag setzen⁴⁴.

Am Abend des nächsten Tages, nachdem der Entwurf gründlich studiert worden war, präsentierten Hallstein und Blankenhorn den Politischen Beratern der Hohen Kommissare eine Aufstellung der deutschen Einwände. Über das bereits Gesagte hinaus betrafen sie vor allem die alliierten Reservatrechte und ihre ausdrückliche Ableitung aus der „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“ vom 5. Juni 1945, die Notstandsregelung zum Schutz der alliierten Streitkräfte und den Status die-

⁴³ »[Adenauer] pressed us for an answer on the notion of an approach being made to our three Governments, obviously seeking a discouraging reply. I accordingly said I thought it would be wise for him and other Germans to consider whether it was desirable to make Grotewohl's initiative the occasion for asking the three Western Governments to take steps which amounted to an attempt to settle the problem of German unity with the Russians over the heads of the German people.« Kirkpatrick an Foreign Office, 25.9. 1951, in: Steininger, Eine Chance, S.112. Siehe auch FRUS 1951, III, part 2, S.1787 f.; AAPD, Bd. 1, S.378–381.

⁴⁴ Siehe FRUS 1951, III, part 2, S.1525–1534 (auf S.1525 wird das Treffen irrtümlich auf den 25.9. 1951 datiert), und AAPD, Bd. 1, S.378–387 und 513–516.

ser Truppen. Außerdem hob Hallstein nochmals hervor, daß die Bundesregierung bei der Formulierung der gemeinsamen Politik gegenüber der Sowjetunion konsultiert werden müsse, nicht anders als in Fragen der gemeinsamen Verteidigung Europas⁴⁵.

Anfangs führten die Hohen Kommissare die Gespräche in einer Form, die Adenauer so sehr verärgerte, daß er nahe daran war, „die ganzen Verhandlungen auffliegen zu lassen“⁴⁶. Das eisige Klima erwärmte sich aber nach und nach, je mehr sich die Parteien unter wachsendem Zeitdruck um allseits akzeptable Kompromisse bemühen mußten. Dabei wurde um jede Vertragsklausel hart gestritten. Auf deutscher Seite überprüfte und durchleuchtete eine Expertengruppe unter der Leitung Hallsteins jede Formel, jeden Satz, jeden Punkt und jedes Komma, wie sich Wilhelm Grewe später erinnerte, „um alle in einer Vertragsformulierung versteckten Fallstricke, Abgründe, Sackgassen rasch zu entdecken und zu eliminieren“⁴⁷. Dennoch konnte es geschehen, daß eine Formulierung zur Lösung des einen Problems bei genauerem Hinsehen oder aus einem anderen Blickwinkel betrachtet ein noch weitaus größeres heraufbeschwor. Adenauer hatte bei den Verhandlungen eine herausragende Position, da er im Gegensatz zu den instruktionsabhängigen Hohen Kommissaren über ein hohes Maß an Entscheidungsfreiheit verfügte. Wenn er wollte, konnte er vor Ort und ohne weitere Konsultationen Gesprächsergebnisse annehmen oder ablehnen. Angesichts der hohen Komplexität des Verhandlungsgegenstands und der oft nicht sogleich erkennbaren, häufig aber sehr weitreichenden Implikationen einzelner Vereinbarungen bot diese Möglichkeit jedoch nicht nur Vorteile, sondern barg auch mancherlei Gefahren. Der Bundeskanzler war sich dessen bewußt, und daher war „jedes Wort, das er sagte oder nicht sagte, durchweg auf die Goldwaage zu legen“⁴⁸.

Die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands spielte bei den Verhandlungen von Anfang an eine wichtige Rolle. Adenauer lag vor allem daran herauszufinden, was die Westmächte unter ihren „Verantwortlichkeiten in bezug auf Deutschland als Ganzes, einschließlich der Vereinigung Deutschlands und einer Friedensregelung“⁴⁹, verstanden. Sollte die Bundesrepublik mit der Sowjetregierung über die Wiederherstellung der deutschen Einheit verhandeln können oder nicht⁵⁰? Sollte es der Bundesregierung in gewissen Fällen untersagt sein, ihre Interessen selbst diplomatisch zu vertreten⁵¹? Würden die Alliierten für sich in Anspruch nehmen, für Deutschland einen Frieden zu schließen, obwohl sie früher von einer freien Beteiligung Deutschlands am Friedensschluß gesprochen hatten? Und würden sie die Bundesregierung hinsichtlich der Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Friedensregelung bevormunden wollen⁵²?

⁴⁵ Siehe FRUS 1951, III, part 2, S. 1534 ff.

⁴⁶ Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 140.

⁴⁷ Grewe, *Rückblenden*, S. 130f. und 147, Zitat S. 131.

⁴⁸ Hans-Peter Schwarz, „Einführung in die Edition“, in: AAPD, Bd. 1, S. XIV.

⁴⁹ Erster alliierter Entwurf für einen Generalvertrag, Art. II, Abs. 1, in: Ebenda, S. 514.

⁵⁰ Vgl. Verlaufsprotokoll der Sitzung vom 3. 10. 1951, in: Ebenda, S. 402.

⁵¹ Vgl. ebenda, S. 406.

⁵² Vgl. ebenda, S. 410.

Gleich am 1. Oktober 1951, als der Kanzler zum erstenmal ausführlich zum alliierten Vertragsentwurf Stellung nahm, griff er diesen Themenkomplex – wohl auch auf Drängen Schumachers – auf, und zwar im Zusammenhang mit der Ausübung der obersten Gewalt. Dabei ging es wieder um das Leitmotiv seiner Verhandlungsführung, im Interesse der deutschen Gleichberechtigung das Besatzungsrecht so weit wie irgend möglich durch Vertragsrecht zu ersetzen. „Es falle ihm schwer, einzusehen“, erklärte er, „warum man diese höchste Gewalt heute noch wegen Berlin und der Wiederherstellung der Einheit aufrechterhalten wolle, warum man nicht vielmehr diese Frage in einem besonderen Vertrag regeln könne.“⁵³ Ferner wies er darauf hin, daß in der „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands“, in der die Ausübung der obersten Gewalt durch die Alliierten kodifiziert worden war, zwei ganz verschiedene Materien enthalten seien. „Einmal regelle sie die Funktion, die die vier Regierungen im allgemeinen übernehmen. [. . .] Außerdem enthalte aber die Vereinbarung vom 5. Juni 1945 Abmachungen, die die Alliierten als Verbündete unter sich geschlossen hätten, zum Beispiel die Regelung von Grenzfragen. Diese Fragen hätten aber mit der obersten Regierungsgewalt nichts zu tun.“⁵⁴ Damit sprach Adenauer die Klausel an, in der sich die vier Mächte vorbehalten hatten, „später die Grenzen Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet“, festzulegen⁵⁵. Da die Westmächte im Generalvertrag ausdrücklich an dieser Erklärung festhalten wollten, erkundigte sich der Kanzler, ob dies wohl bedeuten solle, daß die Bundesrepublik im Hinblick auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit „nicht selbständig handeln könne, sondern sich dem fügen müsse, was die Westalliierten bestimmten“⁵⁶ – eine Frage, deren Brisanz angesichts der Grotewohl-Initiative und der Erwartungen, die sie in der deutschen Öffentlichkeit geweckt hatte, allen Anwesenden bewußt war.

In diesem Zusammenhang, fuhr Adenauer fort, sei auch auf Artikel IV, Absatz 2, des alliierten Entwurfs hinzuweisen, den er danach – geschickt entstellt – zitierte: „Auf Antrag der Regierung der Bundesrepublik und in allen Fällen, in denen diese selbst hierzu nicht in der Lage ist, werden die Regierungen der drei Mächte die erforderlichen Maßnahmen treffen, um die Interessen der Bundesrepublik gegenüber anderen Staaten und in einzelnen internationalen Organisationen oder auf einzelnen internationalen Konferenzen zu vertreten.“⁵⁷

⁵³ Verlaufsprotokoll der Sitzung vom 1. 10. 1951, in: Ebenda, S. 393; zur Rolle Schumachers siehe Verlaufsprotokoll 3. 10. 1951, in: Ebenda, S. 402, und FRUS 1951, III, part 2, S. 1544.

⁵⁴ Verlaufsprotokoll 1. 10. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 399.

⁵⁵ Präambel der „Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands“ vom 5. 6. 1945, in: Berber/Randelzhofer (Hrsg.), Völkerrechtliche Verträge, S. 316.

⁵⁶ Verlaufsprotokoll 1. 10. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 394.

⁵⁷ Ebenda; tatsächlich lautete der Satz im Vertragsentwurf: „Auf Ersuchen der Regierung der Bundesrepublik werden die Regierungen der Drei Mächte Vorkehrungen treffen, um die Interessen

Dieser Wortlaut sei sehr unbestimmt, beschwerte er sich. Nähere Erläuterungen seien dringend notwendig⁵⁸. Während die Westmächte jedoch nur „auf Ersuchen“ der Bundesregierung im Interesse der Bundesrepublik tätig werden wollten, erweckte Adenauer durch seine kaum merkliche Textumstellung, durch die er seine Verhandlungspartner in die Defensive drängte und die ihnen zunächst auch entging, den völlig unzutreffenden Eindruck, daß die Alliierten mit oder ohne Auftrag beabsichtigten, „in allen Fällen, in denen diese selbst hierzu nicht in der Lage ist,“ für die Bundesrepublik zu handeln. Die Konsequenz einer solchen Politik lag für Adenauer auf der Hand, kannte er doch die „außerordentliche Stärke der Tradition des Quai d'Orsay [. . .], die Verbindung mit Sowjetrußland nicht aufzugeben“, und hatte es doch erst kürzlich in einem Leitartikel der französischen Zeitung *Le Monde* geheißt, „daß man ohne Schwierigkeiten den Gedanken einer Neutralisierung Deutschlands ins Auge fassen könne“⁵⁹.

Auch diesmal ging Kirkpatrick auf den Schachzug des Kanzlers ein, indem er gleich zu Beginn der nächsten Zusammenkunft am 3. Oktober erklärte, „[das] Projekt einer Neutralisierung Deutschlands sei nicht nur undurchführbar [. . .], sondern auch schädlich“⁶⁰. Im übrigen, fuhr Kirkpatrick fort, strebten die Westmächte ein möglichst hohes Maß von Konsultationen mit der Bundesregierung an, und zwar „vor allem hinsichtlich der Fragen, die die Wiedervereinigung Deutschlands betreffen“, und sie planten eine Gemeinschaft, „in der nichts hinter dem Rücken des Partners unternommen werden dürfe, weder von alliierter noch von deutscher Seite“. Adenauer fand dies recht und billig⁶¹.

Trotzdem ließen ihm die alliierten Vorbehaltsrechte im Hinblick auf die Wiedervereinigung und eine Friedensregelung keine Ruhe. Würde eine Wiederherstellung der deutschen Einheit, falls die Sowjetunion und die Westmächte sich darauf einigten, nicht zwangsläufig zur erneuten Vier-Mächte-Kontrolle über Gesamtdeutschland führen? Und würde die gesamtdeutsche Regierung dann nicht alle Freiheiten und Rechte wieder verlieren, die er in den letzten Jahren für Westdeutschland errungen hatte oder in den Verhandlungen über den Generalvertrag erst noch zu gewinnen hoffte? Aus dieser Sorge heraus ließ er Hallstein am 18. Oktober 1951 in einer Sitzung des Lenkungsausschusses, der sich aus den politischen Beratern der Hohen Kommissare und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes zusammensetzte und sich mit politischen Grundsatzfragen befaßte, den Wunsch nach einer „Bindungsklausel“ vortragen. Diese Klausel sollte die Westmächte dazu verpflichten, einem wiedervereinigten Deutschland dieselben Freiheiten und denselben rechtlichen Status

der Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu anderen Staaten und in bestimmten internationalen Organisationen oder Konferenzen zu vertreten, soweit die Bundesrepublik dazu nicht selbst in der Lage ist.“ Erster alliierter Entwurf für einen Generalvertrag vom 24. 9. 1951, Art. IV, in: Ebenda, S. 514.

⁵⁸ Verlaufsprotokoll 1. 10. 1951, in: Ebenda, S. 394.

⁵⁹ Ebenda, S. 394 f.; vgl. FRUS 1951, III, part 2, S. 1540–1544, bes. S. 1541.

⁶⁰ Verlaufsprotokoll 3. 10. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 400.

⁶¹ Ebenda, S. 402; FRUS 1951, III, part 2, S. 1544 f.

zuzugestehen wie der Bundesrepublik nach dem Abschluß des vorliegenden Vertrags⁶².

Außerdem wollte Adenauer durch eine präzisere Formulierung der alliierten Vorbehaltsrechte sichergestellt sehen, daß die Westmächte ihre Rechte nicht etwa als Freibrief mißverstünden, im Namen der Bundesrepublik einen Friedensvertrag abzuschließen. Die Repräsentanten der Hohen Kommissare hielten die deutschen Befürchtungen für übertrieben, erklärten Hallstein jedoch, daß die Reservatrechte der westlichen Alliierten hinsichtlich der Friedensregelung allein schon deshalb gewahrt werden müßten, weil die Westmächte schließlich auch Verantwortung gegenüber Staaten trügen, die an ihrer Seite gegen Deutschland gekämpft hätten. Daher seien sie verpflichtet sicherzustellen, daß die Bundesrepublik nichts unternehme, was die Rechte dieser Staaten präjudizieren könne, zum Beispiel in Grenzfragen. Hallstein wies diese Argumentation mit der Feststellung zurück, daß die Bundesregierung un-spezifizierte Verpflichtungen der Westmächte gegenüber Kriegsverbündeten nicht akzeptieren werde, und bereitete damit das Terrain für den heraufziehenden Streit zwischen dem Kanzler und seinen westlichen Verhandlungspartnern vor⁶³.

3. „Viele Grüße von einem wichtigen Tage“:

Die Pariser Außenministerkonferenz im November 1951,
der Streit um die Ostgebiete und das Problem der deutschen
Handlungsfreiheit auf einer Friedenskonferenz

Die Auseinandersetzung zwischen Adenauer und den Hohen Kommissaren bzw. den Außenministern der westlichen Alliierten sollte vordergründig um die Oder-Neiße-Grenze geführt werden. Im Kern ging es Adenauer jedoch um das weitaus grundsätzlichere Problem, bei Verhandlungen über einen Friedensvertrag eine Einigung der vier Mächte zu Lasten Deutschlands ein für allemal auszuschließen, die Vormundschaft der Westmächte im Hinblick auf eine Friedensregelung abzuschütteln und für die Bundesregierung freie Hand beim Abschluß eines Friedensvertrags zu gewinnen, unabhängig von früheren alliierten Vereinbarungen und geleitet von deutschen, nicht aber oktroyierten alliierten Interessen. Daß er seine Politik maßvoller deutscher Interessenwahrung und partieller Unabhängigkeit nur auf der Basis eines engen Zusammenschlusses mit den Westmächten und der Westintegration der Bundesrepublik mit Aussicht auf Erfolg führen konnte, war für den Kanzler selbstverständlich, machte seine diplomatische Gratwanderung im Herbst 1951 aber um so schwieriger⁶⁴.

⁶² Vgl. FRUS 1951, III, part 2, S. 1558; zum Lenkungsausschuß siehe Grewe, Rückblenden, S. 146; zur Bindungsklausel siehe ebenda, S. 152 ff., Schwarz, Ära Adenauer 1949–1957, S. 163 f., und ders., Adenauer. Der Aufstieg, S. 889 f.

⁶³ Vgl. FRUS 1951, III, part 2, S. 1559.

⁶⁴ Siehe dazu auch Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1980, S. 124 (Eintragung vom 21. 11. 1951).

Adenauer entzündete den Streit Mitte November 1951, als der Generalvertrag mit den Hohen Kommissaren schon nahezu vollständig ausgehandelt war und die Delegationen für fast alle zuvor erörterten Probleme bereits Kompromißlösungen gefunden hatten. Die Erklärung vom 5. Juni 1945 sollte im Vertrag nicht mehr ausdrücklich erwähnt und der Ausdruck „Botschafterrat“ vermieden werden⁶⁵. Erhielt die Bundesrepublik auch nicht ihre „Souveränität“, so doch „die volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“⁶⁶. Da eine Sicherheitserklärung im Rahmen des Generalvertrags „mit der amerikanischen Verfassung nicht vereinbar“ war, akzeptierte Adenauer an ihrer Stelle eine separate Wiederholung der New Yorker Deklaration der drei westlichen Außenminister vom 19. September 1950, in der sich die Westmächte verpflichtet hatten, jeden Angriff auf die Bundesrepublik oder Berlin als gegen sich selbst gerichtet zu betrachten⁶⁷. Ferner stimmten die Hohen Kommissare zumindest vorläufig einer Klausel zu, nach der die westlichen Alliierten bei „Verhandlungen mit Staaten, zu denen die Bundesrepublik keine Beziehungen unterhält“ (gemeint waren die „Staaten des Ostblocks“), die Bundesregierung konsultieren würden⁶⁸, und es herrschte Einigkeit, daß „ein für ganz Deutschland zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarter Friedensvertrag“ ein wesentliches Ziel der westlichen Politik sei⁶⁹. Die Frage, auf welcher rechtlichen Basis – Besatzungs- oder Vertragsrecht – Streitkräfte der westlichen Alliierten und andere fremde Truppen künftig in der Bundesrepublik stationiert sein sollten, blieb strittig, doch war die deutsche Delegation bereit, den entsprechenden alliierten Entwurf als Verhandlungsgrundlage zu akzeptieren⁷⁰. Nur das Problem einer schiedsgerichtlichen Instanz, die gegebenenfalls entscheiden sollte, ob und wann ein von den Westmächten in der Bundesrepublik erklärter Notstand als beendet anzusehen sei, konnte vorerst nicht gelöst werden⁷¹. Und offen blieb die sperrige und vom Kanzler erst in letzter Minute aufgeworfene Frage der Oder-Neiße-Grenze.

⁶⁵ Vgl. den ersten alliierten Entwurf für einen Generalvertrag vom 24. 9. 1951, Art. II und III, mit der synoptischen Gegenüberstellung des alliierten und des deutschen Entwurfs vom 1. 11. 1951 bzw. 30./31. 10. 1951, Art. I, in: AAPD, Bd. 1, S. 514, 520; vgl. auch Aufzeichnung Grewes der Besprechung Adenauers mit den Alliierten Hohen Kommissaren (künftig: Aufzeichnung Grewes) vom 8. 11. 1951, in: Ebenda, S. 567; FRUS 1951, III, part 2, S. 1568.

⁶⁶ Siehe synoptische Gegenüberstellung des alliierten und des deutschen Entwurfs für einen Generalvertrag in der Fassung vom 1. 11. 1951 bzw. 30./31. 10. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 520, und FRUS 1951, III, part 2, S. 1568.

⁶⁷ Siehe ebenda, S. 1590f.; zur New Yorker Sicherheitserklärung siehe Documents on Germany, S. 342; Verlaufsprotokoll der Sitzung vom 10. 10. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 417.

⁶⁸ Siehe FRUS 1951, III, part 2, S. 1596, und den Sprachgebrauch im Art. VIII des „Bürgenstock-Entwurfs“ in: AAPD, Bd. 1, S. 519.

⁶⁹ Siehe Art. VI, Abs. 3, in der synoptischen Gegenüberstellung des alliierten und des deutschen Entwurfs für einen Generalvertrag in der Fassung vom 1. 11. 1951 und 30./31. 10. 1951, in: Ebenda, S. 523; siehe auch FRUS 1951, III, part 2, S. 1596.

⁷⁰ Siehe ebenda, S. 1586–1589.

⁷¹ Siehe ebenda, S. 1588f. und 1595; siehe auch Aufzeichnung Grewes vom 14. 11. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 578.

Adenauer hatte den Streit, den er provozieren wollte, schon seit mehreren Wochen vorbereitet. Ein wichtiges Element der Inszenierung war seine Rede auf einer Kundgebung am 6. Oktober 1951 in Berlin. „Lassen Sie mich mit letzter Klarheit sagen“, rief er in der sicher mit Bedacht gewählten alten Reichshauptstadt vor 35 000 bis 40 000 Zuhörern aus, „das Land jenseits der Oder-Neiße gehört für uns zu Deutschland.“ Weiter erklärte er, die Politik der Bundesregierung gehe „mit aller Kraft darauf aus, die volle Einheit Deutschlands wiederherzustellen: die Einheit mit Berlin und der Sowjetzone und dem ganzen Osten Deutschlands“⁷². Doch wies er auch darauf hin, daß „der Weg zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, eines Deutschland, das nicht an der Oder-Neiße-Linie aufhöre“, lang und mühsam sei⁷³.

Adenauers Botschaft, die Aufrechterhaltung des deutschen Anspruchs auf die Ostgebiete, konnte niemandem entgegen und hatte den gewünschten Effekt: Unter den Hohen Kommissaren entstand Unruhe, und McCloy ersuchte das State Department unverzüglich um Weisungen⁷⁴. Darüber hinaus erfüllte die Rede den weiteren Zweck, angesichts des aktuellen Grotewohl-Angebots freier Wahlen – aber auch generell – das Potential der Grenzfrage als Störfaktor für unwillkommene deutschlandpolitische Initiativen zu demonstrieren; denn seit die DDR im Görlitzer Vertrag vom 6. Juli 1950 die Oder-Neiße-Grenze anerkannt hatte, war kein Thema mehr besser geeignet, die „Machthaber in der Sowjetzone“ dazu zu zwingen, im Hinblick auf die Wiedervereinigung „Farbe zu bekennen“⁷⁵.

Daß der Kanzler das Problem der Ostgebiete im Herbst 1951 wohl nur aus taktischen Gründen aufwarf, zeigt eine Äußerung vom 6. September, als es den Vorschlag Grotewohls noch nicht gab und Adenauer den bevorstehenden Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren noch mit ungetrübtem Optimismus entgegenschah. „Wir müssen dafür sorgen“, legte er bei einem Tee-Empfang den anwesenden Journalisten dar, „daß der Westen stärker ist als der Osten. Erst dann wird der Osten auf die Vorstellungen des Westens hören, und darin besteht die Chance, Berlin und die Ostzone wieder freizumachen.“⁷⁶ Von den Ostgebieten war keine Rede. Dafür bezeichnete es Adenauer zwei Wochen später als den „obersten Sinn“ der Deutschlandverträge, „die Alliierten so festzulegen, daß sie auf keinen Fall mehr zu einer Viermächte-Entscheidung mit der Sowjetunion über Deutschland kommen können, ohne daß die Bundesrepublik gehört wird oder als Partner auftritt“⁷⁷.

⁷² Zit. nach Keesing's Archiv der Gegenwart 21 (1951), S. 3146 f.; siehe auch Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 893; Kaiser, Die Bundesregierung stellt keine Ansprüche, S. 50; Lenz, Im Zentrum der Macht, S. 144.

⁷³ Der Spiegel, 24. 10. 1951, S. 9.

⁷⁴ Kaiser, Die Bundesregierung stellt keine Ansprüche, S. 50.

⁷⁵ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 39. Ernst Lemmer äußerte am 29. 10. 1951 gegenüber einem Repräsentanten der Hohen Kommission: „Adenauer . . . wants to prevent ‚talks‘ at all costs. His emphasis of Oder-Neisse-Line question was thus designed to kill all chance of East-West talks“, in: FRUS 1951, III, part 2, S. 1804.

⁷⁶ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 138.

⁷⁷ Ebenda, S. 147.

Wie wichtig dem Kanzler das Ziel war, das er mit dem Streit um die Ostgebiete verfolgte, läßt sich daran erkennen, daß er ihn suchte, obwohl er zuvor immer wieder auf eine Beschleunigung der Verhandlungen und ihren zügigen Abschluß gedrängt hatte, „damit Fakten geschaffen würden“⁷⁸. In dieselbe Richtung weist der Umstand, daß Adenauer die Grenzfrage erst in seiner letzten Gesprächsrunde mit den Hohen Kommissaren am 14. November thematisierte. Offenbar maß er der Auseinandersetzung so entscheidende Bedeutung bei, daß er sie gar nicht mit den untergeordneten Hohen Kommissaren in Bonn, sondern vielmehr eine Woche später mit den drei westlichen Außenministern in Paris führen wollte.

Ausgangspunkt der Debatte war – wie bereits angedeutet⁷⁹ – die Formulierung, die Wilhelm Grewe für Artikel IV des Bürgerstock-Entwurfs gewählt hatte. Danach sollten die „Hohen vertragschließenden Parteien“ ihre Einigkeit bekunden, „daß die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit [...] ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik“ sei⁸⁰. Nach mehr als fünf Verhandlungswochen fand sich dieser Satz in etwas abgewandelter Form in Artikel VI (später Artikel VII) der alliierten Fassung des Generalvertrags wieder. Jetzt lautete er: „Die Drei Mächte und die Bundesregierung werden zusammenarbeiten, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel eines wiedervereinigten Deutschlands zu erreichen.“⁸¹ Als John J. McCloy am 3. November einen annotierten Vertragsentwurf, in dem sich der Stand der Verhandlungen widerspiegelte, zur Kenntnisnahme an das State Department übersandte, vermerkte er hinter diesem Satz: „Agreed“⁸². Die deutschen und die alliierten Unterhändler hatten sich Anfang November also bereits auf eine vom deutschen Vorschlag nicht wesentlich abweichende Formel geeinigt. So jedenfalls dachte McCloy.

Gegen Ende der nächsten Zusammenkunft am 8. November 1951 erklärte Adenauer jedoch plötzlich, die alliierte Fassung des Artikels VI sei „völlig unannehmbar“⁸³, und am Tag vor der abschließenden Sitzung mit den Hohen Kommissaren ließ er im Kabinett durchblicken, daß er alle eventuell verbleibenden Differenzpunkte noch einmal zuspitzen wolle, damit sie vor seiner Konferenz mit den westlichen Außenministern in Paris auch „ganz klar“ seien⁸⁴.

Adenauer eröffnete die Auseinandersetzung um die Ostgebiete am 14. November mit der Feststellung, daß das Wort „unification“ in der englischen Fassung des Generalvertrags gewählt worden sei, weil die Alliierten die Auslegung vermeiden wollten,

⁷⁸ AAPD, Bd. 1, Verlaufsprotokoll 10.10. 1951 S. 415; ebenda, Aufzeichnung Hallsteins der Besprechung Adenauers mit den Alliierten Hohen Kommissaren (künftig: Aufzeichnung Hallsteins) vom 17.10. 1951, S. 553; ebenda, Aufzeichnung Hallsteins vom 25.10. 1951, S. 559 und 561.

⁷⁹ Siehe oben S. 493.

⁸⁰ AAPD, Bd. 1, S. 518.

⁸¹ Ebenda, S. 523.

⁸² FRUS 1951, III, part 2, S. 1566–1571, bes. S. 1566, dort auch Anm. 3, und S. 1571.

⁸³ Aufzeichnung Grewes vom 8. 11. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 569. McCloy nahm Adenauers Erklärung offenbar nicht zur Kenntnis; jedenfalls reagierte er nicht darauf, und in seinem Bericht an das State Department erwähnte er sie nicht. Siehe FRUS 1951, III, part 2, S. 1576–1579.

⁸⁴ Vgl. Kabinettsprotokolle, Bd. 4, 1951, S. 754, Anm. 40.

daß sie sich durch diesen Vertrag zu einer Wiederherstellung der alten Grenzen Deutschlands verpflichteten. Im deutschen Text müsse es dagegen unter allen Umständen „Wiedervereinigung“ heißen⁸⁵. Als McCloy bestätigte, daß die Alliierten keine Verpflichtung zur Wiedererlangung der Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie übernehmen könnten, entgegnete der Kanzler, den Wortlaut der deutschen Variante des neuen Artikels VII aufgreifend: „Dann besteht aber keine Möglichkeit, eine *gemeinsame Politik* zu treiben, wenn wir die Gebiete jenseits der Oder-Neiße in die Wiedervereinigung einbeziehen wollen und Sie diese Frage offenlassen wollen.“⁸⁶

Damit sprach Adenauer, ohne daß die Hohen Kommissare verstanden hätten, worum es ihm eigentlich ging, den Kern seines Anliegens an: Er wollte im Generalvertrag unbedingt alle Formulierungen vermeiden, die ihn bei einer künftigen Friedensregelung und insbesondere in der dornigen Wiedervereinigungsfrage auf eine „gemeinsame Politik“ oder eine allzu enge „Zusammenarbeit“ mit den Westmächten festgelegt hätte. Wie Adenauer selbstverständlich wußte, hatten die westlichen Alliierten im Potsdamer Abkommen den sowjetischen Anspruch auf die Stadt Königsberg und den nordöstlichen Teil Ostpreußens bereits grundsätzlich anerkannt und sich verpflichtet, diese Forderung zu unterstützen⁸⁷. Die endgültige Festlegung der nördlichen und westlichen Grenzen Polens war dagegen zwar bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt worden⁸⁸, doch konnte kein Zweifel daran bestehen, daß sich die Westmächte bei den Friedensverhandlungen für eine Verschiebung der deutsch-polnischen Grenzen nach Westen einsetzen würden. Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes hatte dies schon fünf Jahre zuvor öffentlich angekündigt, als er in seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 erklärte: „Polen hat um eine Revision seiner nördlichen und westlichen Grenzen nachgesucht. Die Vereinigten Staaten werden eine Änderung dieser Grenzen zugunsten Polens unterstützen.“⁸⁹ Hätte sich Adenauer unter diesen Umständen auf eine „gemeinsame Politik“ mit den Westmächten im Hinblick auf „die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit“ eingelassen, dann hätte er sich mit größter Wahrscheinlichkeit die längst feststehende Position der Alliierten zu eigen machen müssen. Dies hätte aber bedeutet, daß er schon vor der Aufnahme der Verhandlungen über einen Friedensvertrag die territorialen Maximalforderungen der Siegermächte akzeptiert und die deutschen Interessen preisgegeben hätte, ohne irgendeine Gegenleistung zu erhalten. Er hätte alles verloren und nichts gewonnen.

Dem Kanzler ging es bei seiner Auseinandersetzung mit den Hohen Kommissaren nicht unmittelbar um die Ostgebiete und auch nicht um die Unterstützung der deutschen Wiedervereinigungspolitik durch die westlichen Alliierten – dies wäre selbst-

⁸⁵ Siehe Aufzeichnung Grewes vom 14. 11. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 571, Anm. 5; FRUS 1951, III, part 2, S. 1568–1571 und 1580.

⁸⁶ Aufzeichnung Grewes vom 14. 11. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 575 (Hervorhebung vom Verf.).

⁸⁷ Siehe Amtliche Verlautbarung über die Konferenz von Potsdam, Teil IV, in: Berber/Randelzhofer (Hrsg.), *Völkerrechtliche Verträge*, S. 332.

⁸⁸ Ebenda, Teil IX, S. 334.

⁸⁹ Text der Rede in: *Documents on Germany, 1944–1985*, S. 91–99, bes. S. 98 (wie Anm. 23).

verständlich ein großartiger Erfolg gewesen, stand für einen kühl kalkulierenden Realisten wie Adenauer aber kaum zu erwarten –, sondern um die Wahrung der deutschen Handlungsfreiheit auf einer Friedenskonferenz und in der zentralen Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit. Nur in diesem Kontext ist seine Frage an die alliierten Unterhändler zu verstehen, ob sich „die Formel vom frei vereinbarten Friedensvertrag denn nur auf das Formelle“ beziehen sollte, und nur so läßt sich seine ernste Replik auf Kirkpatrick's ironischen Einwurf erklären, ob die Westmächte etwa verpflichtet seien, dem Kanzler den polnischen Korridor wiederzugeben, oder ob es genug sei, wenn sie sich für die Rückgabe Stettins einsetzten. Das eine habe niemand verlangt, entgegnete Adenauer, und das andere käme auf die jeweilige Lage an⁹⁰. In gleicher Weise beschied er François-Poncet, der sich darüber beklagte, daß man aus „den heutigen Erklärungen des Kanzlers den Eindruck gewinnen“ könne, „daß unsere Bemühungen hier in erster Linie darauf gerichtet seien, mit bewaffneter Hand die deutschen Ostgebiete wiederzugewinnen“. Diesen Schluß, erwiderte Adenauer mit Recht, da er ja nur eine vorzeitige Festlegung der Bundesregierung durch die Alliierten vermeiden wollte, könne vernünftigerweise niemand aus seinen Erklärungen ziehen⁹¹.

Seinem Vorsatz folgend, die Differenzen mit den Hohen Kommissaren ganz klar herauszustellen, zog er dann aus den bisherigen Äußerungen McCloy's, Kirkpatrick's und François-Poncet's den Schluß: „Ihre Zusammenarbeit in bezug auf die Wiedervereinigung bezieht sich also nach ihrer Ansicht nur auf die Gebiete westlich der Oder-Neiße-Linie.“ Und um die Dinge auf die Spitze zu treiben, stellte er provozierend fest, das „wäre sehr wenig“, und bezichtigte die Westmächte des „Opportunismus“. Noch einmal erkundigte sich der Kanzler, warum man denn keine gemeinsame Politik hinsichtlich der Gebiete jenseits von Oder und Neiße verfolgen könne, gerade so, als wollte er seine Verhandlungspartner dazu bringen, doch von sich aus einzusehen, daß eine allzu enge Zusammenarbeit in der Wiedervereinigungsfrage nicht möglich sei und auch gar nicht in ihrem Interesse liege. Es handele sich um eine Frage „von allergrößter Bedeutung“. Ihr Scheitern könne „den Schuman-Plan und den ganzen europäischen Gedanken in Deutschland zu Fall bringen“. Bezeichnenderweise fügte er aber auch hinzu, daß die Grenzen von 1937 „vielleicht nicht überall gut und richtig“ seien und daß natürlich niemand von den Alliierten verlangen könne, eine „Garantie für jeden einzelnen Quadratkilometer“ der Ostgebiete zu übernehmen⁹².

McCloy war ratlos. Hatte er die Wiedervereinigungsfrage nicht erst am Tag zuvor gründlich mit Hallstein diskutiert? Und hatte Hallstein ihm nicht unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß er nie daran gedacht habe, daß die westlichen Alliierten aufgrund des Generalvertrags ihre Position im Hinblick auf die Ostgebiete ändern könnten? Ja, hatte Hallstein nicht sogar selbst gesagt, er habe Verständnis dafür,

⁹⁰ Aufzeichnung Grewes vom 14. 11. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 576.

⁹¹ Ebenda, S. 577.

⁹² Ebenda.

wenn die Westmächte eine sprachliche Präzisierung des Wiedervereinigungs-Artikels verlangten? Es sei sein Eindruck, telegrafierte er nach Washington, daß Adenauer seine Verhandlungspartner nur habe testen wollen. „Irgend etwas“ an seinen Angriffen habe darauf hingedeutet, daß der Kanzler in dieser Angelegenheit „nicht ganz aufrichtig“ gewesen sei. Im übrigen könne kein Zweifel daran bestehen, daß Adenauer das Thema der Ostgebiete am 22. November 1951 bei seinem Treffen mit den westlichen Außenministern wieder aufgreifen würde⁹³.

Die Verwirrung, die Adenauer gestiftet hatte, sprach auch aus jeder Zeile des Berichts, den die Hohen Kommissare am 17. November gemeinsam an ihre Regierungen schickten. Um späteren Mißverständnissen vorzubeugen, schrieben sie darin, hätten sie ihren deutschen Verhandlungspartnern vorgeschlagen, sich auf ein deutsch-alliiertes Protokoll zu einigen. Daraus sollte in aller Klarheit hervorgehen, daß der Generalvertrag keinerlei Verpflichtungen der Alliierten im Hinblick auf Gebiete außerhalb der Bundesrepublik oder der „sowjetischen Zone“ beinhalte und daß die Alliierten, wenn sie von einer Vereinigung Deutschlands sprächen, nur die Vereinigung des Bundesgebiets mit dem Territorium der „sowjetischen Zone“ meinten⁹⁴.

Am 20. November 1951 flog Adenauer zu seiner ersten offiziellen Zusammenkunft mit den drei westlichen Außenministern Robert Schuman, Anthony Eden und Dean Acheson nach Paris. Acheson war mit großem Gefolge aus Washington angereist, jedoch nicht wegen des Bundeskanzlers, sondern wegen der in Paris tagenden sechsten Vollversammlung der Vereinten Nationen. Lange deutsch-alliierte Verhandlungen waren nicht vorgesehen, und so beschloß Adenauer, sich zunächst getrennt mit jedem der drei Außenminister zu treffen, um die Lösung der noch offenen Fragen in Einzelgesprächen vorzubereiten⁹⁵. Am 21. November gab David Bruce, der amerikanische Botschafter in Paris, in seiner Residenz in der Nähe des Palais de Chaillot ein Mittagessen für Acheson, den Bundeskanzler und ihre engsten Berater. Nach dem Dejeuner bestand Gelegenheit zu einem intensiven Meinungsaustausch. Acheson eröffnete die Unterredung mit einigen Ausführungen über die Dringlichkeit des anstehenden Vertragsabschlusses. Adenauer ging darauf aber nicht weiter ein, sondern kam ohne Umschweife und ohne viel Zeit für Komplimente zu verlieren auf sein Hauptanliegen zu sprechen. Es gehe ihm vor allem darum festzustellen, bekannte er in völlig undiplomatischer, aber wirkungsvoller Freimütigkeit, „ob irgendwelche Versuche vorlägen, Deutschland zum Objekt einer Verständigung mit Sowjetrußland zu machen“⁹⁶.

Weit davon entfernt, über Adenauers direkte Art verstimmt zu sein, zeigte der amerikanische Außenminister vielmehr Verständnis dafür, daß der Kanzler seine Sor-

⁹³ FRUS 1951, III, part 2, S. 1582.

⁹⁴ Vgl. ebenda, S. 1585.

⁹⁵ Vgl. Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 513; Acheson, *Present at the Creation*, S. 578.

⁹⁶ Siehe Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 513 ff.; Acheson, *Present at the Creation*, S. 583 ff.; Verlaufsprotokoll der Besprechung zwischen Adenauer und Acheson vom 21.11. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 526–582, Zitat S. 527; Harry S. Truman Library (künftig: HSTL), Dean Acheson: Papers, 1931–1971, box 76, Princeton Seminars, December 11–13, 1953, S. 1059–1091.

gen, die ihn wohl schon seit drei oder vier Jahren beschäftigt hätten, so fair und ehrlich vorgetragen habe. Acheson war offensichtlich beeindruckt. „Von keiner Seite habe man gewagt“, erwiderte er, „an ihn mit einem Plan heranzutreten, Deutschland zum Objekt einer West-Ost-Verständigung, das heißt einer Verständigung der Alliierten und Sowjetrußlands zu machen. Niemand von den Großmächten des Westens denke an so etwas, noch seien in irgendeiner Form Ansätze zu solchen Versuchen im Gange gewesen.“⁹⁷ Ganz unmißverständlich habe er Adenauer versichert, erinnerte sich Acheson zwei Jahre später, im Dezember 1953, daß mit Rußland fortan nur noch Vereinbarungen mit deutscher Beteiligung und Zustimmung eingegangen würden, daß die drei Westmächte nicht die Absicht hätten, die Deutschen zu verkaufen, wie sich der Kanzler ausgedrückt habe, und daß man die Deutschen nicht als Schachfiguren, sondern als Partner ansähe. Damit sei den Deutschen kein Vetorecht bei Ost-West-Verhandlungen eingeräumt worden, denn schließlich habe es sich nicht um die Formulierung eines Vertrags, sondern nur um die Darlegung einer politischen Einstellung gehandelt. Tatsächlich hätten die Westmächte danach aber keine Vereinbarungen mehr mit den „Russen“ getroffen oder Noten ausgetauscht, ohne daß die Deutschen konsultiert und ihre Ansichten in vielen Fällen berücksichtigt worden seien⁹⁸.

Adenauer war vorerst zufrieden, und Acheson kam dann auf Artikel VII des Generalvertrags zu sprechen, das heißt auf die Problemkomplexe Friedensregelung und Wiedervereinigung. In diesem Zusammenhang machte Adenauer seine bereits zitierten, hier aber noch einmal ins Gedächtnis zu rufenden „längeren Ausführungen etwa folgenden Inhalts: Die Bundesregierung stelle keine Ansprüche und verlange keine Bindungen der Alliierten hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße. Sie erwarte aber, daß auch die Alliierten keinerlei Bindungen gegenüber Dritten, sei es zum Beispiel gegenüber Polen, eingingen. Dieses Problem müsse der Friedensregelung vorbehalten bleiben.“⁹⁹

Sprach Adenauer damit „in staatsmännischer Einsicht“ die Zusage der Bundesregierung aus, „hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße keine Ansprüche zu erheben“? Schon Adenauers Erklärung, daß die Lösung der Grenzfrage der Friedensregelung vorbehalten bleiben müsse, läßt diese Auslegung als wenig wahrscheinlich erscheinen. Dieser Eindruck wird durch Hallsteins zusätzliche Erläuterungen zu Artikel VII noch verstärkt. Danach hätte die Bundesregierung in diesem Artikel gern einen Hinweis auf die Prinzipien der Atlantik-Charta gesehen¹⁰⁰. Darin hatten der amerikanische Präsident Roosevelt und der britische Premierminister Churchill im August 1941 verkündet, daß sie Gebietsveränderungen ablehnten, „die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betreffenden Völker“ überein-

⁹⁷ Verlaufsprotokoll der Besprechung zwischen Adenauer und Acheson vom 21.11. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 527; vgl. auch Acheson, *Present at the Creation*, S. 584.

⁹⁸ HSTL, Acheson Papers, box 76, Princeton Seminars, December 11–13, 1953, S. 1083 ff.

⁹⁹ Verlaufsprotokoll der Besprechung zwischen Adenauer und Acheson vom 21.11. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S. 527.

¹⁰⁰ Ebenda.

stimmten, und daß „alle Nationen der Welt“ dazu gelangen müßten, „auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten“¹⁰¹. Durch die Erwähnung der Atlantik-Charta wollte der Bundeskanzler, wie er versicherte, „unter anderem auch den Polen“ zeigen, „daß man nicht an eine einseitige, den deutschen Interessen allein dienende Lösung, sondern an eine vernünftige und gerechte Lösung des gesamten Territorialproblems, auch unter Berücksichtigung polnischer Wünsche, denke“¹⁰². Dies sei notwendig, „um der starken sowjetischen Propaganda zu begegnen, die den Polen den Schrecken eines wiederkehrenden Eroberers an die Wand male, der nichts anderes im Auge habe, als die Polen aus den Ostgebieten wieder zu vertreiben“¹⁰³.

Adenauer hatte also durchaus nicht die Absicht, auf die Ostgebiete zu verzichten, sondern wollte die Lösung der Grenzfrage der Friedensregelung vorbehalten. Er stellte in dieser Hinsicht keine konkreten Ansprüche und verlangte keine spezifischen Bindungen der Alliierten gegenüber den Deutschen. Einzig und allein die Handlungsfreiheit der Bundesregierung bei den späteren Friedensverhandlungen wollte er bewahren. Damit die deutsche Verhandlungsposition nicht von vornherein geschwächt würde, bestand er allerdings darauf, daß auch die Westmächte keine über das Potsdamer Abkommen hinausgehenden Verpflichtungen, insbesondere gegenüber Polen, mehr eingingen. Angesichts des neuen Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Alliierten, das ja im Generalvertrag seinen sichtbaren Ausdruck finden sollte, war dies ein rechtlich wie politisch vertretbarer und keineswegs unbescheidener Wunsch, zumal aus Adenauers Äußerungen seine Kompromißbereitschaft im Hinblick auf die Ostgebiete deutlich hervorging.

Um die Lauterkeit seiner Absichten gegenüber Polen zu unterstreichen, schlug der Bundeskanzler außerdem vor, den Absatz 1 des Artikels VII durch eine Wendung zu ergänzen, die darauf hinweisen sollte, daß die Friedensregelung – und dies schloß die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze ein – dem Ziel dienen müsse, „künftig neue Spannungen unmöglich zu machen“¹⁰⁴. Dieser Gedanke ging in den Generalvertrag ein. Die entsprechende Formulierung des Artikels VII, Absatz 1, wurde folglich nicht, wie Kaiser argumentiert, „von Acheson durchgesetzt“, sondern ist auf Adenauer zurückzuführen, in dessen Papieren sich auch eine früher datierte handschriftliche Notiz ähnlichen Inhalts findet. Eine Erwähnung der Atlantik-Charta lehnte der amerikanische Außenminister dagegen ab. Sie beruhe auf „antiquierten“ Prinzipien, und die Lösung territorialer Fragen durch Volksabstimmungen sei eine „durch die Entwicklung überholte Formel“¹⁰⁵.

¹⁰¹ Text der Atlantik-Charta in: Berber/Randelzhofer (Hrsg.), *Völkerrechtliche Verträge*, S.311f.

¹⁰² Zit. nach Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S.514; Adenauer zitierte das Protokoll nahezu wörtlich, fügte jedoch das verdeutlichende Wort „allein“ ein; vgl. *Verlaufsprotokoll der Besprechung zwischen Adenauer und Acheson vom 21.11. 1951*, in: AAPD, Bd. 1, S.527.

¹⁰³ Ebenda.

¹⁰⁴ Ebenda, S.528; Aufzeichnung Grewes vom 14.11. 1951, in: AAPD, Bd. 1, S.577, Anm. 16; Kaiser, *Die Bundesregierung stellt keine Ansprüche*, S.50.

¹⁰⁵ *Verlaufsprotokoll der Besprechung zwischen Adenauer und Acheson vom 21.11. 1951*, in: AAPD, Bd. 1, S.528.

Nach dieser Unterredung stimmten Adenauer und Acheson überein, daß die Bundesregierung einen Friedensvertrag würde frei aushandeln können, ohne ein Veto der Westmächte befürchten zu müssen, auch nicht in der Grenzfrage. Eine diktierte Friedensregelung nach dem Vorbild des Versailler Vertrags, von den westlichen Alliierten mit der Sowjetunion vereinbart und den Deutschen aufgezwungen, würde es nicht geben¹⁰⁶. Dafür mußte der Kanzler im Gegenzug allerdings versichern, daß er keinen Druck ausüben werde, um die gegenwärtige Position der Westmächte in der Grenzfrage zu verändern¹⁰⁷. Die Bundesregierung sollte – mit anderen Worten – in ihrer Wiedervereinigungspolitik freie Hand erhalten. Sie mochte Ansprüche auf die Ostgebiete erheben, wenn sie dies für richtig erachtete, doch würde sie diese Ansprüche bei den Friedensverhandlungen selbst zu vertreten haben. Zugleich mußte Adenauer ausdrücklich anerkennen, daß zwischen den deutschen und alliierten Vorstellungen über die Wiedervereinigung Differenzen bestehen könnten und daß sich die Westmächte im Generalvertrag nicht etwa verpflichteten, die Ziele der deutschen Wiedervereinigungspolitik ohne Vorbehalte zu unterstützen.

Die Aussichten, daß Adenauer und die drei westlichen Außenminister in den noch offenen Fragen des Generalvertrags zu einer vollständigen Übereinkunft gelangen würden, seien ganz ausgezeichnet, vermerkte David Bruce nach dem Gespräch in seinem Tagebuch. Wenn der Botschafter Anlaß hatte, enttäuscht zu sein, dann nur über den zum Mittagessen kredenzten Bordeaux: Der Château Mission Haut Brion des Jahrgangs 1929 hatte die Erwartungen des anspruchsvollen Weinkenners nicht erfüllen können¹⁰⁸.

Achesons nächste Aufgabe bestand nun darin, seine beiden Amtskollegen Schuman und Eden für die amerikanisch-deutschen Absprachen zu gewinnen. Dies sollte am Spätnachmittag des 21. Novembers 1951 in einer Konferenz der drei Außenminister im Quai d'Orsay geschehen. Die französischen und mehr noch die britischen Unterhändler zeigten bei dieser Gelegenheit wenig Neigung, auf deutscher Seite den Eindruck aufkommen zu lassen, die Grenzfrage sei nun wieder offen, nachdem die Alliierten früher feste Positionen eingenommen hatten und bestimmte Verpflichtungen eingegangen waren. Eden hätte im Generalvertrag am liebsten wieder das Potsdamer Abkommen erwähnt, und Schuman wollte allenfalls einer sehr vagen Grenzformel zustimmen, um sicherzustellen, daß die französischen Entscheidungen über die deutschen Westgrenzen, das heißt über das Saargebiet, nicht gefährdet würden¹⁰⁹.

¹⁰⁶ Vgl. HSTL, Acheson Papers, box 76, Princeton Seminars, December 11–13, 1953, S. 1088f., und Acheson, *Present at the Creation*, S. 585.

¹⁰⁷ Siehe FRUS 1951, III, part 2, S. 1610; siehe auch Hermann-Josef Rupieper, *American Policy toward German Unification, 1949–1955*, in: Jeffrey M. Diefendorf/Axel Frohn/Hermann-Josef Rupieper (Hrsg.), *American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1949–1955*, Cambridge/New York 1993, S. 45–67, bes. S. 65f.

¹⁰⁸ Virginia Historical Society, *David Bruce Diary*, vol. 11, Eintragungen vom 21. und 22. 11. 1951.

¹⁰⁹ Siehe FRUS 1951, III, part 2, S. 1597–1604, bes. S. 1600.

Bessere Anwälte als Acheson und McCloy hätte sich Adenauer jedoch nicht wünschen können. McCloy brachte das Anliegen des Bundeskanzlers, wie er es verstanden hatte, auf den Punkt: Die Frage der deutschen Grenzen bliebe auch nach Adenauers Ansicht eine Angelegenheit, die in einem Friedensvertrag geregelt werden müsse. Alles, was der Kanzler im Generalvertrag sehen wolle, sei ein Hinweis darauf, daß die Deutschen nichts daran hindere, bei den Friedensverhandlungen die Rückgabe der Ostgebiete anzustreben¹¹⁰. Acheson ergänzte diese Ausführungen mit der Feststellung, daß einerseits zwar nur von den vier Besatzungszonen, nicht aber von den Gebieten jenseits von Oder und Neiße die Rede sei, wenn die Alliierten von einem „vereinten Deutschland“ sprächen. Dies müsse eindeutig klargestellt werden, da Adenauer das Thema nun einmal aufgebracht habe¹¹¹. Zu etwas anderem könnten sich die Westmächte zu diesem Zeitpunkt nicht verpflichten; dies sei nur später im Friedensvertrag möglich. Andererseits verlange aber auch niemand von den Deutschen, daß sie sich jetzt auf eine bestimmte Position festlegten¹¹².

Dieser Sachverhalt wurde noch am Abend in geeigneter Weise und „endgültig“, wie Eden und Schuman ungeduldig insistierten, formuliert und Adenauer von den Hohen Kommissaren zur Kenntnis gebracht¹¹³. Als Ziel der „gemeinsamen Politik“ wurde jetzt nicht mehr die Wiedervereinigung Deutschlands genannt, über deren territoriales Ausmaß unterschiedliche Auffassungen herrschen mochten, sondern eine „frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland“. Zugleich wurde die „endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands“ aufgeschoben. Wohlgestimmt nahm der Kanzler den neuen Text der Außenminister auf, der seinen Vorstellungen vollständig entsprach. Er schlug noch einige geringfügige und schnell akzeptierte Änderungen vor¹¹⁴, und in der schließlich vereinbarten Fassung lautete Artikel VII, Absatz 1¹¹⁵: „Die Drei Mächte und die Bundesrepublik sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.“

Am nächsten Tag, dem 22. November 1951, es war der amerikanische Thanksgiving Day, konnte nun die offizielle Zusammenkunft Adenauers mit den drei Außenministern in bester Atmosphäre und auf der Basis der Gleichberechtigung stattfinden. Die Probleme waren gelöst, man konnte Höflichkeiten austauschen, und das Treffen, das erst um neun Uhr abends begann, scheint nicht sehr lange gedauert zu

¹¹⁰ Vgl. ebenda, S. 1598.

¹¹¹ Vgl. ebenda, S. 1602.

¹¹² Vgl. ebenda, S. 1600.

¹¹³ Ebenda, S. 1602.

¹¹⁴ Ebenda, S. 1604.

¹¹⁵ FRUS 1951, III, part 2, S. 1601 f. In der endgültigen Fassung des Vertrags vom Oktober 1954 wurde die Formel „die Drei Mächte und die Bundesrepublik“ durch „die Unterzeichnerstaaten“ ersetzt; siehe Berber/Randelzhofer (Hrsg.), *Völkerrechtliche Verträge*, S. 341.

haben¹¹⁶. Adenauer hatte sein Ziel erreicht und allen Grund, von einem „wichtigen Tage“ zu sprechen: Er hatte die deutsche Handlungsfreiheit in der Wiedervereinigungsfrage und bei den Friedensverhandlungen sichergestellt¹¹⁷.

4. „A situation where fools rush in, though angels fear to tread“:
Die Oder-Neiße-Linie und die amerikanischen
Deutschlandplanungen der fünfziger Jahre

Der bisherige Befund wird durch die geheimen Planungspapiere des State Department aus den folgenden Jahren voll bestätigt. Nie wurde darin auch nur andeutungsweise die Möglichkeit erwähnt, daß der Kanzler oder die Bundesregierung schon längst auf die Gebiete jenseits von Oder und Neiße verzichtet hätten oder zu einem Verzicht bereit sein könnten, und nirgendwo findet sich das geringste Anzeichen, daß die amerikanische Regierung – ungeachtet des Friedensvertragsvorbehalts – die Frage der Ostgebiete als im Grunde erledigt angesehen hätte.

Dies zeigte sich bereits kurze Zeit nach der Pariser Außenministerkonferenz im Zusammenhang mit der Stalin-Note vom 10. März 1952 und dem sich anschließenden Notenwechsel der Westmächte mit der Sowjetunion, der sich bis Mitte September 1952 hinzog¹¹⁸. In dieser Zeit wurde es den Europa- und Deutschlandexperten des State Department immer stärker bewußt, daß sie in den vorangegangenen Jahren ihre Aufmerksamkeit zu sehr auf die Westintegration der Bundesrepublik und die damit verbundenen Schwierigkeiten und zu wenig auf grundsätzliche deutschlandpolitische Überlegungen gerichtet hatten. Wäre die von Stalin geforderte Friedenskonferenz tatsächlich einberufen worden, dann hätte das State Department auf kein klares deutschlandpolitisches Konzept und auf keine genau definierten Verhandlungspositionen zurückgreifen können. Zugleich wuchsen nach der Unterzeichnung der Westverträge im Mai 1952 die Sorgen wegen der zunehmenden deutschen Wirtschaftskraft und wegen der Veränderungen im deutsch-französischen Machtgleichgewicht, das sich zugunsten Deutschlands zu verlagern begann. Als sichtbarer Ausdruck der heraufziehenden Gefahren galt das neue nationale Selbstbewußtsein, mit dem die Deutschen in der Saarfrage auftraten. Dieses Selbstbewußtsein würde es ihnen trotz der

¹¹⁶ Siehe FRUS 1951, III, part 2, S. 1605–1611, bes. S. 1605 ff.

¹¹⁷ Zu Adenauers Einschätzung des Außenministertreffens unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Paris siehe Lenz, *Im Zentrum der Macht*, S. 180f. („B[undes]K[anzler] behandelt vor der Fraktion insbesondere die polnische Frage. In einem Friedensvertrag können wir nicht überstimmt werden.“); Kabinettsprotokolle, Bd. 4, 1951, S. 780; Adenauer, *Teegespräche 1950–1954*, S. 168f. („Es ist dies das wichtigste Ergebnis der Pariser Konferenz, daß künftig keine Beschlüsse mehr über Deutschland gefaßt werden können, ohne daß vorher die Bundesregierung gefragt wird.“)

¹¹⁸ Vgl. Andreas Hillgruber, *Adenauer und die Stalin-Note vom 10. März 1952*, in: Ders., *Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Düsseldorf 1977, S. 365–388; Schwarz, *Ära Adenauer 1949–1957*, S. 149ff.; ders., *Adenauer. Der Aufstieg*, S. 906–924; Steininger, *Eine Chance*; Rupieper, *Der besetzte Verbündete*, S. 240–300.

inzwischen gesunkenen Hoffnungen auch erschweren, den Verlust der Ostgebiete auf Dauer hinzunehmen. Dies wiederum warf die Frage auf, welche Politik die Vereinigten Staaten gegenüber den „Satelliten“ der Sowjetunion und insbesondere gegenüber Polen verfolgen sollten¹¹⁹.

Als erster setzte sich im Herbst 1952 Leon W. Fuller, ein Mitglied des Politischen Planungsstabs, mit diesem Problemkomplex auseinander. In einer kurzen, von seinen Kollegen aber als grundlegend angesehenen Analyse, die in die „Briefing books“ des State Department aufgenommen wurde, skizzierte er die Ziele der amerikanischen Mittel- und Osteuropapolitik: 1. Wiedervereinigung Deutschlands („der vier Zonen und Berlins“); 2. zumindest teilweise Rückgabe der unter polnischer Verwaltung stehenden Gebiete jenseits von Oder und Neiße an Deutschland; sowie 3. Roll-back der sowjetischen Macht in Osteuropa und Befreiung der Satellitenstaaten¹²⁰. War dieses Panorama auch arm an Details hinsichtlich der Frage, wie die gesteckten Ziele wohl erreicht werden könnten, so mangelte es ihm gewiß nicht an großartiger Perspektive.

Im Hinblick auf die deutsch-polnische Grenze ließ Fuller allerdings doch noch einige nähere Erläuterungen folgen. Danach bestand für ihn kein Zweifel daran, daß die Deutschen – wäre Deutschland erst einmal wiedervereinigt – wenigstens einen Teil der Ostgebiete zurückfordern würden. Dies erschien ihm aber nicht weiter problematisch, denn diese Forderung stand nach seiner Auffassung ganz im Einklang mit der bisherigen US-Politik¹²¹. Daher schlug er vor, die amerikanische Regierung solle auch künftig darauf bestehen, ohne sich jedoch genau festzulegen, daß die Frage der deutschen Ostgrenze offen sei und nur im Rahmen einer generellen Friedensregelung gelöst werden könne. In diesem Zusammenhang erinnerte er daran, daß der frühere Secretary of State George C. Marshall für die Moskauer Außenministerkonferenz 1947 bereits einen Vorschlag für die Korrektur der deutsch-polnischen Grenze zugunsten Deutschlands habe ausarbeiten lassen, der darauf angelegt gewesen sei, den historischen, wirtschaftlichen und ethnischen Gegebenheiten in den umstrittenen Gebieten in größerem Maße gerecht zu werden als die Oder-Neiße-Linie¹²². Damals, am 9. April 1947, hatte Marshall angesichts des bedrohlichen Mangels an Kohle und Nahrungsmitteln in Westeuropa die anderen Siegermächte für eine Grenzziehung zwischen Polen und Deutschland zu gewinnen versucht, die seiner Ansicht nach den wirtschaftlichen und politischen Erfordernissen in Europa besser Rechnung getragen hätte als die Potsdamer Regelung. Doch schon seine Anregung, eine Grenzkommission einzusetzen, auf die er sich in diplomatischer Vorsicht zunächst beschränkt hatte, war sofort am französischen und sowjetischen Widerspruch geschei-

¹¹⁹ Siehe FRUS 1952–1954, VII, Germany and Austria, Washington 1986, part 1, S. 355 f. und 358 f.

¹²⁰ Siehe ebenda, S. 356–361, bes. S. 359 und 361.

¹²¹ „German national policy, particularly if and when Germany is reunited, would demand recession of at least part of the territory beyond the Oder-Neisse. This accords with established U.S. policy.“, in: Ebenda, S. 360.

¹²² Ebenda.

tert¹²³. Die amerikanischen Pläne waren daher im einzelnen nie enthüllt und seit der Moskauer Konferenz streng unter Verschluss gehalten worden. Sie sahen vor, daß Polen den Teil Ostpreußens erhalten sollte, der nicht an die Sowjetunion fallen würde, sowie Danzig und das ehemalige deutsche Oberschlesien. Von dort sollte die Grenze nordwärts bis zum Zusammenfluß von Netze und Drage dem Grenzverlauf von 1919 folgen und an Neuwedell, Dramburg und östlich an Kolberg vorbei zur Ostsee führen. Zusätzlich zu den schon genannten Gebieten hätte Polen dadurch einen beträchtlichen Teil Pommerns erhalten, während Niederschlesien, der östliche Teil Brandenburgs und der größere Teil Pommerns an Deutschland zurückgefallen wären. Polen hätte mit Gdingen und Danzig über zwei bedeutende Ostseehäfen verfügen können und das oberschlesische Bergbau- und Industrieviertel sowie die landwirtschaftlich gut entwickelten Gebiete Ostpreußens und Ost-Pommerns erhalten. Insgesamt hätte Polen eine Fläche von über 34 000 Quadratkilometern gewonnen, genug, um über vier Millionen Menschen anzusiedeln und mit Nahrung zu versorgen, während Deutschland ein Gebiet von immerhin knapp 30 000 Quadratkilometern zurückerhalten hätte¹²⁴.

Seit der Moskauer Konferenz von 1947 sei die Grenzfrage von den Alliierten nicht mehr ernsthaft erörtert worden, schrieb Coburn Kidd, einer der kenntnisreichsten und engagiertesten Deutschlandexperten des State Department, im November 1952 in einer umfangreichen Studie über die Probleme eines deutschen Friedensvertrags. Künftige Vier-Mächte-Verhandlungen über die deutsch-polnische Grenze müsse man daher dort wiederaufnehmen, wo sie 1947 abgebrochen worden seien¹²⁵. In seiner Studie gab er einen Überblick über die amerikanische Politik in der Grenzfrage von der allgemeinen Erklärung zu Gebietsveränderungen in der Atlantik-Charta vom August 1941 bis hin zum gerade abgeschlossenen Notenwechsel mit der Sowjetunion, wobei von einer gegenüber Außenminister Acheson im November 1951 geäußerten Bereitschaft der Bundesregierung, auf die Ostgebiete zu verzichten, natürlich keine Rede war. Dafür befaßte sich Kidd mit der heiklen Frage, ob die Vereinigten Staaten denn die französischen Ansprüche auf das Saargebiet unterstützen könnten, wenn sie den sowjetischen und polnischen territorialen Ansprüchen ihre Unterstützung versagten, oder, anders gewendet, wenn man den französischen Forderungen nachgebe, ob man dann die sowjetischen und polnischen noch ablehnen könne¹²⁶. Angesichts dieses Dilemmas sei es der einzig sichere Kurs, äußerste Zurückhaltung zu üben, bevor man irgendwelche Gebietsansprüche unterstütze, ganz gleich welche Seite sie stelle. Da die Deutschen an den Verhandlungen über eine Friedensregelung teilnehmen würden, schlug er vor, diese Verhandlungen zunächst abzuwarten und

¹²³ Siehe FRUS 1947, II, Council of Foreign Ministers; Germany and Austria, Washington 1972, S. 320–323.

¹²⁴ Siehe ebenda, S. 204 ff.

¹²⁵ Memorandum, „German Peace Treaty“, Kidd an Laukhuff und Morris, 20.11.1952, in: National Archives (künftig: NA), Record Group (künftig: RG) 59, 662.001/11-2052, S. 35, microfilm C 0400, reel 33, frame 134.

¹²⁶ Ebenda, S. 30–35 bzw. frames 129–134.

dann der Grenzregelung zuzustimmen, die Deutschland schließlich akzeptieren würde, um überhaupt einen Friedensvertrag zu erhalten. Bis ersichtlich sei, welche territorialen Zugeständnisse eine deutsche Regierung verkraften könne, sollten die Vereinigten Staaten darauf verzichten, eine bestimmte Position einzunehmen¹²⁷.

In einem beigefügten Vertragsentwurf, der als amerikanische Verhandlungsgrundlage dienen sollte, faßte Kidd seine Empfehlungen in dem Satz zusammen: „In Übereinstimmung mit der Atlantik-Charta ist das Territorium Deutschlands dasjenige, das Deutschland am 31. Dezember 1937 besessen hat, vorbehaltlich der territorialen Veränderungen, denen die deutsche Republik freiwillig in der Absicht zustimmt, die europäische Integration zu fördern oder ihre guten Beziehungen mit benachbarten Staaten zu festigen.“¹²⁸ Damit formulierte Kidd aber genau die Politik, auf die sich Acheson und Adenauer in Paris geeinigt hatten: Die Bundesregierung würde in der Wiedervereinigungsfrage freie Hand erhalten, während die Vereinigten Staaten ihre Position offenhielten.

Die Bedeutung dieser Denkschriften und weiterer Studien ähnlichen Inhalts¹²⁹ läßt sich daran ablesen, daß die darin formulierten Gedanken und Prinzipien den Wechsel in der amerikanischen Präsidentschaft vom Demokraten Truman zum Republikaner Eisenhower überdauerten und im Sommer 1953 in den Report NSC 160/1 des National Security Council aufgenommen wurden¹³⁰. In diesem grundlegenden Positionspapier der Eisenhower-Administration zur Deutschlandpolitik hieß es, die westlichen Alliierten würden sich unklug verhalten, sollten sie sich darauf einlassen, die Grenzen eines vereinten Deutschland festlegen zu wollen. Es sei bisher ihre Einstellung gewesen, daß die Oder-Neiße-Linie vorläufig sei und die endgültigen deutschen Grenzen im Rahmen einer Friedensregelung und in Übereinstimmung mit einer gesamtdeutschen Regierung festgelegt werden müßten. Mit dem Vorschlag, daß die Oder-Neiße-Grenze dauerhaft sein solle, brächte man viele Deutsche gegen sich auf, insbesondere unter den Flüchtlingen, während die Forderung, die gesamten Ostgebiete an Deutschland zurückzugeben, Verhandlungen mit der Sowjetunion äußerst negativ beeinflussen würde. Außerdem, fuhren die Verfasser fort, könnte eine solche überzogene Forderung von vielen Deutschen als ein Schritt angesehen werden, der von vornherein darauf abziele, die deutsche Einheit zu verhindern. Die amerikanische Verhandlungsposition müsse daher auf der Bereitschaft gründen, jeder Lösung

¹²⁷ Ebenda, S. 36 bzw. frame 135.

¹²⁸ Ebenda, S. 46 bzw. frame 145; der Hinweis auf die Atlantik-Charta wurde offenbar von einem der beiden Adressaten des Memorandums gestrichen.

¹²⁹ Siehe Fullers Memorandum „Squaring the Circle of German Unity“, Draft, 21.10. 1952, bes. S. 15, und Fuller an Nitze, „EDC and a German Settlement“, 17.3. 1953, bes. S. 16, beide in: NA, RG 59, PPS Records, box 16.

¹³⁰ NSC 160/1, „A Report to the National Security Council by the Executive Secretary on United States Policy with Respect to Germany“, 17.8. 1953, in: NA, RG 273, Policy Paper Files. NSC 160/1 ist ohne die dazugehörigen Anlagen abgedruckt in: FRUS 1952–1954, VII, part 1, S. 510–520.

zuzustimmen, die für Deutschland und die anderen unmittelbar betroffenen Staaten akzeptabel sei¹³¹.

Im Sommer 1953 setzte im State Department erneut eine Phase intensiver Deutschlandplanung ein. Am 5. März 1953 war Stalin verstorben, und wenige Tage später hatte der neue Vorsitzende des Ministerrats der Sowjetunion Georgij Malenkow in einer Rede erklärt, daß es keine Differenzen zwischen Ost und West gäbe, die nicht auf friedlichem Wege und auf der Basis gegenseitigen Verständnisses beigelegt werden könnten¹³². Präsident Eisenhower griff Malenkows Initiative, trotz mancherlei Bedenken, am 16. April 1953 in seiner berühmten Friedensrede „The Chance for Peace“ auf¹³³. Der britische Premierminister Winston Churchill, der gern wieder an die Tradition der Gipfeltreffen der Großen Drei im Stil der Potsdamer Konferenz angeknüpft hätte, hielt sich unterdessen bereit, notfalls eine „einsame Pilgerfahrt“ nach Moskau zu unternehmen, um die Absichten der neuen sowjetischen Führung zu erkunden¹³⁴. Auf französischen Wunsch einigte man sich jedoch darauf, daß vorerst nur ein Treffen der Westmächte stattfinden sollte, um das weitere Vorgehen zu beraten und eine eventuelle Vier-Mächte-Konferenz vorzubereiten. Zu diesem Zweck trafen die drei westlichen Außenminister vom 10. bis zum 14. Juli 1953 in Washington zusammen¹³⁵.

Nach dem Aufstand in der DDR am 16./17. Juni 1953 machte sich Adenauer die Forderung der oppositionellen SPD nach Vier-Mächte-Gesprächen ganz zu eigen. Schließlich standen im Herbst 1953 Bundestagswahlen an. Im Bewußtsein, daß es bei den Wählern um die Glaubwürdigkeit seiner Wiedervereinigungspolitik nicht zum besten bestellt sei, war es nun der Kanzler, der in Washington und London auf eine Viererkonferenz drängte – aber bitte erst nach den Wahlen am 6. September! Der amerikanische Außenminister John Foster Dulles übernahm die Rolle des Wahlhelfers, die ihm von Herbert Blankenhorn in „zynischer Offenheit“ (Schwarz) angeboten wurde, und am 15. Juli erging – „nach Konsultationen mit der Bundesregierung“, wie es ausdrücklich hieß – eine Einladung der drei Westmächte an die Sowjetunion zu einer Konferenz über Deutschland und Österreich, die Ende September 1953 stattfinden sollte¹³⁶.

¹³¹ Siehe FRUS 1952–1954, VII, part 1, S. 517.

¹³² Siehe Rupieper, *Der besetzte Verbündete*, S. 313, und Stephen E. Ambrose, *Eisenhower. The President*, New York 1984, S. 91.

¹³³ Siehe ebenda, S. 91–96.

¹³⁴ Siehe Josef Foschepoth, *Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands*, in: *Deutschland Archiv* 17 (1984), S. 1286–1301; Rolf Steininger, *Ein vereintes, unabhängiges Deutschland? Winston Churchill, der Kalte Krieg und die deutsche Frage im Jahre 1953*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 36 (1984), S. 105–144.

¹³⁵ Vgl. Rupieper, *Der besetzte Verbündete*, S. 315f. Die Konferenz ist dokumentiert in: FRUS 1952–1954, V, *Western European Security*, Washington 1983, part 2, S. 1607–1708.

¹³⁶ Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann, 1952–1967*, Stuttgart 1991, S. 84–89; Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*, S. 159–162; der amerikanische Hohe Kommissar Conant betrachtete das Ergebnis der Konferenz als „political triumph for the Chancellor“; siehe James Hershberg, *James B. Conant. Harvard to Hiroshima and the Making of the Nuclear Age*, New York 1993, S. 664f.; Kommuniqué der Konferenz in: FRUS 1952–1954, V, part 2, S. 1701–1706.

Nach anfänglicher Ablehnung und einigem diplomatischem Taktieren erklärte die Sowjetunion schließlich ihre Bereitschaft, an einer Vier-Mächte-Konferenz teilzunehmen. Als Tagungsort wurde Berlin gewählt und als Konferenzbeginn der 25. Januar 1954 festgesetzt¹³⁷. Zur gleichen Zeit, als die Einladung an die Sowjetunion erging, wies Dulles das State Department an, Positionen zu allen deutschlandpolitischen Fragen zu erarbeiten, und in diesem Zusammenhang entstanden auch die bislang umfangreichsten Unterlagen zur amerikanischen Position im Hinblick auf die Ostgebiete¹³⁸.

Mitte September 1953 lag das Ergebnis der Planungsarbeiten, an denen sich auch das Department of Defense bzw. die Joint Chiefs of Staff beteiligt hatten, in Gestalt einer Absichtserklärung („Declaration of Intent“) vor, die als Grundlage für mögliche Verhandlungen über einen Friedensvertrag dienen sollte. Zur Grenzfrage hieß es darin: „Die Grenzen Deutschlands sollen durch den Friedensvertrag endgültig festgelegt werden. Weder die Grenzen von 1937 noch die gegenwärtigen provisorischen Grenzen werden als endgültig angesehen, sondern als Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Deutschen und jenen Mächten, die Gebietsansprüche an Deutschland haben [. . .].“¹³⁹ Welche Überlegungen sich hinter der knappen Grenzformel der *Declaration of Intent* verbargen, wurde in mehreren ausführlichen Papieren dargelegt. Ein Dokument enthielt noch einmal eine minutiöse Schilderung der Ereignisse und Entwicklungen, die für den Stand des Grenzproblems bedeutsam waren: Von der Verkündung der Atlantik-Charta über die Vereinbarungen der Großen Drei in Teheran, Jalta und Potsdam bis hin zu den Konferenzen des Rats der Außenminister in Paris (1946) und Moskau (1947). Auch an die sowjetische Note vom 10. März 1952, an verschiedene polnische Erklärungen zur Grenzfrage und an das Memorandum des Bundeskanzlers für Präsident Eisenhower vom 29. Mai 1953 wurde erinnert, in dem Adenauer kategorisch erklärt hatte, keine deutsche Regierung werde je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Deutschland werde aber bestrebt sein, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu lösen¹⁴⁰. Von einem Verzicht Adenauers auf die Ostgebiete war in diesem detaillierten historischen Abriss und in dem gesamten Konvolut von Unterlagen des State Department zur Oder-Neiße-Linie und zu den Friedensverhandlungen nirgends die Rede.

In anderen Papieren wurden die verhandlungsstrategischen Überlegungen erläutert, von denen sich die Verfasser des Grenzartikels der *Declaration of Intent* hatten

¹³⁷ Vgl. Ruppel, *Der besetzte Verbündete*, S. 325–333.

¹³⁸ Vgl. ebenda, S. 334.

¹³⁹ „Note by the Secretaries to the Joint Chiefs of Staff on Proposed Talks with the Soviets (PTS) (Declaration of Intent Respecting Germany)“, 12. 9. 1953, S. 732, in: NA, RG 218, 092 Germany (5-4-49) Sec. 18, box 19; „Proposed Talks with the Soviets (PTS), German Frontiers“, 16. 9. 1953, S. 1, in: NA, RG 59, PPS Records, Working Papers, box 76.

¹⁴⁰ „Proposed Talks with the Soviets (PTS): History of the German Frontiers Question During and After World War II“, 14. 9. 1953, in: Ebenda. Zum Memorandum vom 29. Mai siehe auch Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, S. 217, und Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, S. 81.

leiten lassen. So wenig den Deutschlandexperten des State Department und den Mitarbeitern der Joint Chiefs of Staff auch die Aussicht behagte, das dornige Grenzproblem auf einer Vier-Mächte-Konferenz oder bei Friedensverhandlungen aufgreifen zu müssen, so sicher waren sie natürlich, daß kein Weg daran vorbeiführen würde. Allein der Vorschlag, Deutschland zu vereinigen, würde sofort die Frage aufwerfen: „Innerhalb welcher Grenzen?“¹⁴¹ Das Problem sei so vertrackt, daß man schon einer von Alexander Popes sprichwörtlichen „Narren“ sein müsse, um sich ohne Bedenken darauf einzulassen („here if ever is a situation where ‚fools rush in, though angels fear to tread‘“): Während die Sowjetunion die Oder-Neiße-Grenze als endgültige deutsche Ostgrenze ansehe, lehne sie die Abtretung des Saarlands an Frankreich ab; die französische Regierung wiederum sei bereit, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, doch nur unter der Voraussetzung, daß die Saar bei Frankreich verbleibe; die Deutschen hofften, daß die Westmächte die deutschen Gebietsverluste im Osten nicht endgültig sanktionieren würden, und Amerikaner und Briten, die für sich ohnehin keine Gebietsvergrößerungen erstrebten, seien an Grenzveränderungen – so oder so – im Grunde desinteressiert¹⁴².

In dieser Situation erschien es ratsam, zunächst keine allzu feste Position in der Grenzfrage einzunehmen, wenn dieses Problem auf einer Friedenskonferenz erörtert würde. Vielmehr wollte man abwarten, bis die Verhandlungen zwischen den in erster Linie betroffenen Staaten einen toten Punkt erreicht hätten, um dann die einsichtigeren Partei zu unterstützen mit dem Ziel, schließlich einen annehmbaren, gerechten Kompromiß zu erreichen¹⁴³. Dieser sicheren, wenn auch vorsichtigen Strategie sollte die absichtlich vage gehaltene Grenzformel der *Declaration of Intent* dienen. Sie würde es zudem ermöglichen, aus der starren Haltung der Sowjetunion Gewinn zu ziehen, ohne die legitimen Interessen der Deutschen oder Franzosen oder der deutschen und polnischen Volksgruppen in den USA zu präjudizieren¹⁴⁴.

Welche Form ein Grenz-Kompromiß nach amerikanischer Ansicht annehmen könnte, wurde im Verlauf eines Gesprächs deutlich, das Secretary of State Dulles am 26. September 1953 mit seinen Beratern führte. Coburn Kidd vom Office of German Affairs holte noch einmal den Plan hervor, Deutschland einen Teil des pommerschen und brandenburgischen Agrarlands zurückzugeben, während der zunächst auf eine präzisere Grenzposition drängende, aber offenbar weniger optimistische Außenminister an seine schon 1947 geäußerte Auffassung erinnerte, daß die Freizü-

¹⁴¹ „Proposed Talks with the Soviets (PTS), German Frontiers“, 16.9. 1953, S.3f., in: NA, RG 59, PPS Records, Working Papers, box 76.

¹⁴² Vgl. ebenda, S.1–4; „Note by the Secretaries to the Joint Chiefs of Staff on Proposed Talks with the Soviets (PTS) (German Frontiers)“, 12.9. 1953, S.747ff., Zitat S.751, in: NA, RG 218, 092 Germany (5-4-49) Sec 18, box 19.

¹⁴³ „Proposed Talks with the Soviets (PTS), German Frontiers“, 16.9. 1953, S.4, in: NA, RG 59, PPS Records, Working Papers, box 76.

¹⁴⁴ Ebenda, S.1; „Note by the Secretaries to the Joint Chiefs of Staff on Proposed Talks with the Soviets (PTS) (German Frontiers)“, 12.9. 1953, S.747, in: NA, RG 218, 092 Germany (5-4-49) Sec 18, box 19.

gigkeit über die deutsch-polnische Grenze hinweg wichtiger sei als die Frage, wo genau die Grenze schließlich gezogen würde¹⁴⁵. Eine andere Grenzvariante ließ sich aus einem britischen Planungspapier ableiten, das seinen Weg in die amerikanischen Akten gefunden hatte. Darin unterstrich die Regierung Ihrer Majestät, daß sie ihr 1944 der polnischen Exilregierung gemachtes Versprechen, Polen nach Westen zu erweitern, werde halten müssen, daß einer Grenzziehung entlang der Oder und der östlichen Neiße aus britischer Sicht aber nichts im Wege stehe¹⁴⁶.

Ungeachtet dieser Gedankenspiele über den deutsch-polnischen Grenzverlauf gaben sich die Deutschlandexperten des State Department doch keinen Illusionen darüber hin, wie schwierig, wenn nicht ausgeschlossen, es sein würde, die gegenwärtigen Grenzen bei den Friedensverhandlungen zu verändern. Es sei durchaus möglich, daß sich die Deutschen in den Verlust eines Teils oder aller umstrittenen Gebiete würden fügen müssen, wenn ihnen an einer sowjetischen und einer französischen Unterschrift unter einem Friedensvertrag gelegen sei. Dies werde die Deutschen sicher vor eine schwere Entscheidung stellen. Es seien jedoch zwei völlig verschiedene Dinge, ob die Deutschen diese Wahl selbst trafen und dann die Zustimmung der USA zum Resultat suchten oder ob ihnen von den Vereinigten Staaten angetragen würde, sich mit Gebietsverlusten abzufinden, als sei dies eine amerikanische Idee¹⁴⁷.

Die mehr als dreiwöchige Berliner Konferenz verlief völlig ergebnislos¹⁴⁸. Die vorgegangenen Planungen bestätigten aber erneut die Kontinuität der Politik, auf die sich Acheson und Adenauer im November 1951 in Paris geeinigt hatten: Die Deutschen mochten auf einer Friedenskonferenz versuchen, die Oder-Neiße-Linie zu revidieren, während sich die Amerikaner, bildlich gesprochen, am Konferenztisch zurücklehnten, das Ergebnis der deutschen Bemühungen abwarten und dann gegebenenfalls als Vermittler in Erscheinung treten würden. Weit davon entfernt, die Verantwortung für den absehbaren Verlust eines Teils oder der gesamten Ostgebiete übernehmen zu wollen, beabsichtigten sie, den Deutschen in der Grenzfrage freie Hand zu lassen und ihre eigene Position offenzuhalten.

¹⁴⁵ FRUS 1952–1954, VII, part 1, S. 637f.

¹⁴⁶ „Proposed Talks with the Soviets (PTS), German Frontiers“, 12. 10. 1953, „Annex VI: Four Power Talks on Germany and Austria – German Frontiers (Brief for the United Kingdom Delegation)“, bes. S. 3 und 6, in: NA, RG 59, PPS Records, Working Papers, box 76; daß es sich nicht um ein aktuelles Dokument, sondern sehr wahrscheinlich um ein Papier aus dem Jahr 1951 handelte, zeigt NA, RG 59, 762.022/6-2051.

¹⁴⁷ „Proposed Talks with the Soviets (PTS), German Frontiers“, 16. 9. 1953, S. 6; „Note by the Secretaries to the Joint Chiefs of Staff on Proposed Talks with the Soviets (PTS) (German Frontiers)“, 12. 9. 1953, S. 756, und „Note by the Secretaries to the Joint Chiefs of Staff on Proposed Talks with the Soviets (PTS) (The Explanation of the Points in ‚Declaration of Intent Respecting Germany‘)“, 12. 9. 1953, S. 738, in: NA, RG 218, 092 Germany (5-4-49) Sec. 18, box 19.

¹⁴⁸ Die Konferenz ist dokumentiert in: FRUS 1952–1954, VII, part 1, S. 601–1233. Im Abschlußkommuniqué vom 18. 2. 1954 hieß es lapidar: „The four Ministers have had a full exchange of views on the German question, on the problems of European security and on the Austrian question but they were unable to reach agreement upon these matters.“, in: Ebenda, S. 1206.

Diese Politik setzten die Vereinigten Staaten mindestens bis zum Ende der fünfziger Jahre fort. Noch in Grundsatzpapieren des Nationalen Sicherheitsrats zur Deutschlandpolitik aus den Jahren 1957 und 1958 hieß es in gleichlautenden Passagen, die Westalliierten hätten die Position eingenommen, daß die Oder-Neiße-Linie vorläufig sei und daß die endgültigen Grenzen Deutschlands mit Zustimmung einer gesamtdeutschen Regierung in einer Friedensregelung festgelegt werden sollten. Sie hätten keine Stellung dazu genommen, wo diese Grenzen verlaufen sollten. Die Bundesregierung habe von Zeit zu Zeit darauf hingewiesen, daß es wünschenswert sei, eine Kompromißlösung in der Grenzfrage zu finden. Es würde jedoch unklug erscheinen, wenn die Vereinigten Staaten eine feste Position zum Grenzverlauf einnahmen, jedenfalls so lange, bis die Aussichten für eine Regelung besser seien, da sie sich sonst nur die Feindseligkeit der Polen oder der Deutschen oder beider zuziehen würden¹⁴⁹.

Erst während der Berlin-Krise, die sich von Ende 1958 bis zum Frühjahr 1963 hinzog, änderte sich die Politik der Vereinigten Staaten. Im Vorfeld der Gipfelkonferenz der drei westlichen Staats- und Regierungschefs mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita Chruschtschow, die im Mai 1960 in Paris stattfinden sollte, wurden im State Department Stimmen laut, die im Hinblick auf den „ungeregelten Status der ostdeutschen Grenzen“ forderten, nun endlich „harten Druck“ auf Adenauer auszuüben¹⁵⁰, und in einem Gespräch mit dem britischen Premierminister Harold Macmillan Ende März 1960 gab Eisenhower zu verstehen, daß der Zeitpunkt herannahe, zu dem man eine „Erklärung zur Grenze“ abgeben sollte. Macmillan hörte aus diesem Satz zu Recht die amerikanische Bereitschaft heraus, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, und die beiden Staatsmänner stimmten darin überein, daß man für eine solche Erklärung von den „Russen“ einen nicht zu geringen Preis verlangen sollte¹⁵¹. Dieselbe Haltung nahm Präsident de Gaulle ein, der schon ein Jahr zuvor die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze öffentlich zur Bedingung für die französische Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung gemacht hatte¹⁵².

„Wir haben nochmals fies Jlück jehabt!“, konnte Adenauer daher erleichtert aufatmen, nachdem Chruschtschow das Gipfeltreffen an der U-2-Affäre hatte scheitern lassen¹⁵³. Doch der einmal eingeschlagene amerikanische Kurs in der Grenzfrage wurde nun nicht mehr aufgegeben, schon gar nicht unter Präsident John F. Kennedy,

¹⁴⁹ Siehe NSC 5727, „Draft Statement of U.S. Policy on Germany“, 13.12. 1957, in: FRUS 1955–1957, XXVI, Central and Southeastern Europe, Washington 1992, S.328–341, bes. S.333f., und NSC 5803, „Statement of U.S. Policy Toward Germany“, 7.2. 1958, in: FRUS 1958–1960, IX, Berlin Crisis, 1959–1960; Germany; Austria, Washington 1993, S.631–644, bes. S.637.

¹⁵⁰ FRUS 1958–1960, IX, S.220; siehe auch ebenda, S.130.

¹⁵¹ Siehe ebenda, S.258f.; Harold Macmillan, *Pointing the Way 1959–1961*, London 1972, S.191; zur britischen Position in der Grenzfrage siehe ebenda, S.408 und 425.

¹⁵² Siehe Daniel Kosthorst, *Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961*, Düsseldorf 1993, S.276; FRUS 1958–1960, VIII, Berlin Crisis 1958–1959, Washington 1993, S.654.

¹⁵³ Zit. nach Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer 1957–1963*, Stuttgart 1983, S.107. Am 1.5. 1960 war über der Sowjetunion ein amerikanisches U-2-Aufklärungsflugzeug abgeschossen worden.

als nach den Krisen um Kuba und Berlin die Entspannungspolitik einsetzte. Im Januar 1963 stellte ein hochrangiger Bonner Diplomat treffend fest, daß „[für] die Wiedergewinnung von Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie [...] bei keinem unserer westlichen Verbündeten noch irgendwelches wirkliches Interesse bestehen [dürfte]“¹⁵⁴, und diese Einschätzung wurde im September desselben Jahres vom amerikanischen Außenminister Dean Rusk in einem Gespräch mit seinem britischen Amtskollegen Lord Home und Bundesaußenminister Gerhard Schröder „in größerem Kreise“ bestätigt. In einer Offenheit, die keinen Raum für Mißverständnisse ließ, stellte Rusk fest, „daß sowohl die eigene Öffentlichkeit wie auch die kommunistischen Länder eine Aufklärung darüber verlangen, was man eigentlich unter der Wiedervereinigung Deutschlands verstehe. Wenn der Ostblock von den deutschen Revanchisten spreche, so weise er darauf hin, daß von den Deutschen selbst von Westdeutschland, Mitteldeutschland und Ostdeutschland gesprochen werde. Er glaube, auch in Deutschland selbst werde einmal ein Punkt in der Entwicklung kommen, in der eingesehen werde [sic], daß keinerlei Unterstützung für eine Wiedervereinigung dieser drei Teile Deutschlands zu erlangen sei, sondern nur für eine Wiedervereinigung zwischen der Bundesrepublik und der Zone. Dies sollte man berücksichtigen.“¹⁵⁵

5. „Das ist eine Frage, die bei dem großen Arrangement gelöst werden muß“:
Adenauer und das Problem der Ostgebiete nach der Pariser
Außenministerkonferenz

Weder die Verhandlungen über den Generalvertrag im Jahr 1951 noch die amerikanischen Deutschlandplanungen der folgenden Jahre bieten das geringste Anzeichen dafür, daß Adenauer im November 1951 die Oder-Neiße-Grenze anerkannt haben könnte. Zum Abschluß ist aber noch die Frage zu stellen, welche Position der Bundeskanzler nach 1951 zur Frage der Ostgebiete eingenommen hat und wie er die Aussichten auf eine Wiedervereinigung der Ostgebiete mit einem vereinten Deutschland eingeschätzt haben mag.

Nach einer angeblichen Äußerung Adenauers gegenüber dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, die vom damaligen Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur und späteren SPD-Bundestagsabgeordneten Fritz Sänger unter dem Datum vom 30. August 1953 überliefert worden ist, läßt sich der zweite Teil dieser Frage scheinbar leicht beantworten. „Wir müssen ja erst noch zahlen“, soll Adenauer danach gesagt haben. „Wir haben ja noch nicht abgerechnet. Da gibt es

¹⁵⁴ Privatdienstschreiben, van Scherpenberg an Schröder, 25. 1. 1963, in: AAPD 1963, Bd. I., hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, Wiss. Leiter Rainer A. Blasius, bearb. v. Mechthild Lindemann und Ilse Dorothee Pautsch, München 1994, S. 181–187, Zitat S. 182.

¹⁵⁵ Aufzeichnung, Gespräch Schröders mit Rusk und Lord Home in New York, 27. 9. 1963, in: Ebenda, S. 1236–1253, Zitat S. 1243.

kein Zögern, Herr Ollenhauer, da sind alle Fragen längst gelöst, Oder-Neiße, Ostgebiete usw. Die sind weg! Die gibt es nicht mehr! Wer das mal aushandeln muss, na, ich werde es nicht mehr sein müssen.¹⁵⁶ Diese Sätze werden gern zitiert, doch ihre Authentizität ist überaus fragwürdig¹⁵⁷. Für Hinweise darauf, wie sich der Bundeskanzler die Lösung der deutschen Frage vorstellte, sind daher andere Quellen heranzuziehen.

Wie schon dargelegt worden ist, dürfte Adenauer kaum große Hoffnungen darauf gesetzt haben, daß die Westmächte Forderungen der Bundesregierung nach Rückgabe eines Teils der *früher* deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, wie es im Potsdamer Abkommen hieß, nachdrücklich unterstützen würden, und dies um so weniger, je mehr Zeit ohne Friedensregelung verstrich¹⁵⁸. Auch scheint Adenauer nicht viel Zeit auf Gedanken über eventuelle Grenzkorrekturen verwendet zu haben, wie sie einmal möglich sein mochten und wie sie im State Department erwartet und im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen und im Auswärtigen Amt vermutlich studiert wurden¹⁵⁹. Selbst die sich im Frühsommer 1955 eröffnende Aussicht, daß man

¹⁵⁶ Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Sammlung Sängers, „Oder-Neisse-Grenze, Ollenhauer/Adenauer, Gespräch 30. VIII. 1953 in Hamburg“.

¹⁵⁷ Den Aufzeichnungen Sängers zufolge sollen die zitierten Worte in einer „Aussprache“ Adenauers mit Ollenhauer gefallen sein. Am 30. 8. 1953 habe Ollenhauer Sängers von seiner Unterredung „einige Tage vorher in Bonn“ mit dem Bundeskanzler berichtet. Sängers habe die Äußerungen des SPD-Vorsitzenden mitstenographiert und davon eine Notiz angefertigt. Diese Notiz habe er Ollenhauer vorgelesen. Außerdem habe er dem SPD-Vorsitzenden wenige Tage später eine Abschrift geschickt, die von diesem bestätigt worden sei. In den Terminlisten des Bundeskanzlers läßt sich jedoch für den gesamten August 1953 kein Gespräch Adenauers mit Ollenhauer nachweisen. Auch hat ein Schriftwechsel zwischen Sängers und Ollenhauer zu diesem Vorgang oder die von Sängers erwähnte „Bestätigung“ Ollenhauers weder im Nachlaß Sängers noch in den nachgelassenen Papieren Erich Ollenhauers ermittelt werden können. (Der Verfasser dankt der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Bundesarchiv für ihre hilfreichen Nachforschungen und Auskünfte in dieser Angelegenheit.) Zudem erscheint es höchst unwahrscheinlich, daß der immer mißtrauische Kanzler sich zu diesem höchst brisanten Thema in so offener Weise gerade gegenüber dem Oppositionsführer geäußert haben soll – und das kurz vor der Bundestagswahl am 6. 9. 1953! Dem politischen Gegner die Bereitschaft zum Verzicht auf die Ostgebiete zu unterstellen, war 1953 allerdings eine beliebte Wahlkampfaffe, die auch Adenauer wiederholt gegen „die Sozialdemokratie“ eingesetzt hat. Siehe dazu: Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, bearb. v. Günter Buchstab, Stuttgart 1986, S. 229, 305 und 432. Mehr oder weniger unkritisch zitiert wird die Sängers-Notiz von Ludwig Elsing, Polenpolitik der SPD 1960 bis 1970, in: Werner Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1984, S. 55–65, bes. S. 57; Hansjakob Stehle, Adenauer, Polen und die Deutsche Frage, in: Josef Foschepoth (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, Göttingen 1988, S. 80–98, bes. S. 85; Willy Brandt, Erinnerungen, Frankfurt a. M. 1989, S. 45 f.; Hanns Jürgen Küsters, Konrad Adenauer und Willy Brandt in der Berlin-Krise 1958–1963, in: VfZ 40 (1992), S. 483–542, bes. S. 507 f.; und Kosthorst, Brentano, S. 169.

¹⁵⁸ Amtliche Verlautbarung über die Konferenz von Potsdam, IX. Polen, Abs. b), in: Berber/Randelzhofer (Hrsg.), Völkerrechtliche Verträge, S. 334; siehe auch oben S. 505.

¹⁵⁹ In einem Memorandum des Policy Planning Staff wurden die Ansichten des „Experten“ Hans Schütz aus dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen zur Grenzregelung wiedergegeben: „Eas-

ihm bei einem Besuch in Moskau „von russischer Seite“ eine „Berichtigung der Oder-Neiße-Linie durch Rückgabe von Schlesien, Pommern [oder dergleichen]“ anbieten könnte, hat den Bundeskanzler offenbar nicht sehr beeindruckt, zumal er erwartete, daß die Sowjetunion von der Bundesrepublik dafür den „Verzicht auf die Bindung zum Westen“ fordern würde¹⁶⁰. „[A]uf Gedankengänge dieser Art“ war er aber „in keiner Weise [. . .] einzugehen bereit“¹⁶¹, erschien ihm doch, wie er dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium und früheren Hohen Kommissar Kirkpatrick im Dezember 1955 vertraulich mitteilen ließ, die Westintegration der Bundesrepublik wichtiger als die Wiedervereinigung Deutschlands¹⁶².

Konstanten in Adenauers Überlegungen zur deutsch-polnischen Grenze blieben 1. seine Überzeugung, daß die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten ein Unrecht gewesen sei, das bei einer Friedensregelung ausgeglichen werden müsse, und daß die Flüchtlinge und Vertriebenen ein „Recht auf die Heimat“ besäßen; 2. sein Wunsch, zu einer Verständigung zwischen Deutschland und Polen zu gelangen und die Grenzfrage daher in jedem Fall gewaltlos zu regeln; und 3. sein Beharren, die Oder-Neiße-Linie nicht anzuerkennen, bis die deutsche Ostgrenze in einem Friedensvertrag und unter deutscher Beteiligung festgelegt würde¹⁶³. Dabei sah er das Heimatrecht gegebenenfalls auch dadurch gewahrt, daß den Deutschen, „die zurückkehren wollen in ein Gebiet, das infolge des Friedensvertrags *polnisch* wird“, die Rückkehr ermöglicht werden müßte¹⁶⁴.

Hinweise darauf, wie sich Adenauer die politische Zukunft der Ostgebiete vorstellte, gibt es nur wenige. Er glaubte aber wohl kaum daran, „diese Gebiete wieder für einen deutschen Staat im traditionell-nationalstaatlichen Sinn zurückzugewinnen zu können“¹⁶⁵. Wurde er auf dieses Problem angesprochen, so griff er bis in die zweite Hälfte der fünfziger Jahre auf die vage Formel von einem deutsch-polnischen Kondominium in diesen Gebieten oder auf den Gedanken ihrer Kontrolle durch die

tern borders of united Germany to be fixed by negotiations among the powers with German participation; these must include some territory east of Oder-Neisse, although probably not a great deal.“ Memorandum, „German Thinking Concerning German Unity“, Fuller an Nitze, 9.4. 1953, in: NA, RG 59, PPS Records, box 16. Auch Außenminister von Brentano hoffte auf die „Möglichkeit einvernehmlicher Grenzkorrekturen“; siehe Kosthorst, Brentano, S. 177.

¹⁶⁰ Siehe Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, bearb. und eingeleitet von Klaus Gotto, in: Adenauer-Studien, hrsg. v. Rudolf Morsey und Konrad Repgen, Bd. III, Untersuchungen und Dokumente zur Ostpolitik und Biographie, Mainz 1974, S. 129–201, hier S. 139, und Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 192 ff.

¹⁶¹ Krone, Aufzeichnungen, S. 140.

¹⁶² Siehe Josef Foschepoth, Westintegration statt Wiedervereinigung. Adenauers Deutschlandpolitik 1949–1955, in: Ders., (Hrsg.), Adenauer und die Deutsche Frage, S. 29–60, und Adenauer und die Einheit Deutschlands: Ein britisches Dokument von 1955, in: Ebenda, S. 289 f.

¹⁶³ Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 558.

¹⁶⁴ Adenauer, Teegespräche 1959–1961, hrsg. v. Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1988, S. 94 (Hervorhebung vom Verf.).

¹⁶⁵ Klaus Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: Morsey/Reppen (Hrsg.), Adenauer-Studien, Bd. III, S. 3–91, Zitat S. 87.

Vereinten Nationen zurück¹⁶⁶. Manchmal sprach er auch von einer „internationalen Verwaltung“, einer „Integration der Gebiete jenseits von Oder und Neisse in eine gesamteuropäische Einheit“ oder einer Lösung des Problems „auf europäischer Basis“¹⁶⁷. Mehr darüber zu sagen, hatte nach seiner Auffassung „gar keinen Zweck“, war es doch völlig offen, „wie die Welt [. . .] aussehen“ würde, sollte es einmal zu einer Regelung kommen¹⁶⁸.

Vom Frühjahr 1955 an zog Adenauer jedoch auch zunehmend die Möglichkeit in Betracht, daß die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze der Preis für die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sein könnte. Weder könne er die Oder-Neisse-Linie als deutsch-polnische Grenze hinnehmen, vertraute er dem amerikanischen Hohen Kommissar James B. Conant an, noch könne er die Wiedervereinigung ablehnen, wenn die Anerkennung der Ostgrenze zur Bedingung gemacht würde. Dies dürfe er aber nicht öffentlich sagen¹⁶⁹. Leichter hatte es da schon Wilhelm Grewe, als er vier Jahre später denselben Gedanken formulierte: „Ich glaube, daß es überhaupt nur eine Aussicht gibt, das deutsche Volk mit einer Lösung zu versöhnen, die größere Gebietsopfer verlangen würde: Das wäre eine Verbindung der Grenzfrage mit einer positiven Regelung der Wiedervereinigungsfrage.“¹⁷⁰

In ihren „Essentials“ stimmte die Auffassung der Bundesregierung zum Grenzproblem jedoch auch am Ende der „Ära Adenauer“ noch völlig mit der Position überein, die Adenauer bereits 1951 in Paris vertreten hatte. Auf die Frage des amerikanischen Außenministers Rusk, „was die Wiedervereinigung gebietsmäßig bedeute“, antwortete Gerhard Schröder knapp drei Wochen vor dem Rücktritt des Bundeskanzlers: „Es wäre [. . .] falsch, wenn man in Deutschland schon heute sagen würde, welches die deutsche Minimalposition wäre, weil die andere Seite dann sofort versuchen würde, daraus eine Maximalposition zu machen und diese weiter herunterzudrücken. Man müsse vielmehr sagen, daß diese Fragen nur von einer gesamtdeutschen Regierung in einem Friedensvertrag unter den dann bestehenden Bedingungen behandelt werden könnten. [. . .] Die einzige Antwort, die man zur Zeit geben könne, sei die, daß das Selbstbestimmungsrecht zur Anwendung kommen sollte und daß nichts geschehen dürfe, was zu einer vorzeitigen Preisgabe der Positionen führen würde, die einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben müßten.“¹⁷¹

¹⁶⁶ Siehe Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 308 und S. 696f., Anm. 13; „Four Power Talks on Germany and Austria: German Frontiers“, ohne Datum [20. 6. 1951], in: NA, RG 59, 762.022/6-2051, microfilm C 0040, reel 6, frames 128–131, bes. frame 131; Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann, S. 104 und 379.

¹⁶⁷ Ebenda, S. 86 und 379; Adenauer, Teegespräche 1955–1958, hrsg. v. Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, bearb. v. Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1986, S. 201f.

¹⁶⁸ Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 81.

¹⁶⁹ FRUS 1955–1957, V, Austrian State Treaty; Summit and Foreign Ministers Meetings 1955, Washington 1988, S. 148f.

¹⁷⁰ Wilhelm G. Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960, S. 420; siehe auch FRUS 1958–1960, IX, S. 34.

¹⁷¹ Gespräch Schröders mit Rusk und Lord Home, 27. 9. 1963, in: AAPD 1963, Bd. II, S. 1245f.

Weder auf der Pariser Außenministerkonferenz im November 1951 noch danach, bis zum Ende seiner Amtszeit im Oktober 1963, hat Adenauer auf die Ostgebiete verzichtet. Dabei sah er durchaus ein, daß es nicht mehr zu einer Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937, das heißt zu einer Rückgliederung der Gebiete jenseits von Oder und Neiße in ein deutsches Staatsgebiet, kommen würde. Die Westverschiebung Polens ließ sich nicht rückgängig machen¹⁷². Dies einzusehen war eine Sache; in einem geheimen Zusatzabkommen zu den Deutschlandverträgen die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, wäre jedoch eine völlig andere gewesen. Für die Existenz eines solchen Schriftstücks gibt es folglich auch kein Indiz.

In seiner Politik im Hinblick auf die Ostgebiete ging es Adenauer auch um mehr als das, was sein Partner bei den deutsch-jüdischen Wiedergutmachungsverhandlungen Nahum Goldmann einmal als die Kunst der Diplomatie bezeichnet hat, nämlich „unvermeidliche Entscheidungen so lange wie möglich hinauszuschieben“¹⁷³. Nicht durch eine Absprache der Sieger, sondern auf einer Friedenskonferenz unter deutscher Beteiligung und unter Wahrung des Heimatrechts der Vertriebenen sollte die endgültige Festlegung der deutsch-polnischen Grenze nach der Auffassung des Bundeskanzlers erfolgen. Die „einseitige Okkupation“ der Ostgebiete lehnte er ab¹⁷⁴. Außerdem sollte die mit der Wiedervereinigung Deutschlands verbundene Grenzregelung gegebenenfalls nicht nur Bestehendes anerkennen, sondern darüber hinaus und vor allem auch die Grundlage für eine allgemeine deutsch-polnische Annäherung und Verständigung bilden¹⁷⁵. Dies erschien um so wichtiger, als Adenauer die Lösung der deutschen Frage nie als eine „isolierte Aktion“ verstand, „losgelöst von allen anderen Problemen“¹⁷⁶. Eine Wiedervereinigung Deutschlands, davon war er überzeugt, würde gravierende Rückwirkungen in Osteuropa haben und konnte von der Sowjetunion daher nur „im Zusammenhang mit ihrer gesamten Osteuropapolitik und der Weltpolitik überhaupt“ in Betracht gezogen werden¹⁷⁷. Dasselbe galt für die Oder-Neiße-Linie. „Das ist eine Frage“, erklärte Adenauer einem Besucher aus den Vereinigten Staaten im Sommer 1957, „die bei dem großen Arrangement gelöst werden muß.“¹⁷⁸ Dieses Arrangement sollte noch gut dreißig Jahre auf sich warten lassen. Es kam dennoch unverhofft.

¹⁷² Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 202; siehe auch Kosthorst, Brentano, S. 177.

¹⁷³ Nahum Goldmann, Mein Leben als deutscher Jude, München/Wien 1980, S. 204 f.

¹⁷⁴ FRUS 1958–1960, VIII, S. 679.

¹⁷⁵ Siehe Grewe, Deutsche Außenpolitik, S. 420 f.

¹⁷⁶ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 306.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 202.